

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Frauentag: «Schaut her, wir sind ganz schön viele!» Seite 15

Crypto-Skandal: Ehemalige Mitarbeitende packen aus

- Das sagen die **Unia-Mitglieder** unter den Crypto-Angestellten.
- Die **Chronik** des Skandals.
- Die Mitwisser & **Mitvertuscher.**

Seiten 6–9

Bau-Büezer am Anschlag

Erschreckende Zahlen aus der grossen Unia-Umfrage. Seite 3



Coiffeur-GAV in Gefahr

Wegen Mini-Verband verbietet Gericht die Verhandlungen. Seite 2

SVP greift alle CH-Löhne an

Darum ist die SVP-Kündigungsinitiative so gefährlich. Seite 5

Krankes Kind – was jetzt?

Wenn ein Kind krank wird, haben Berufstätige ein doppeltes Problem. Der work-Ratgeber. Seiten 16–17



workedito
Marie-Josée Kuhn

DIE VERGANGENHEIT LEBT IMMER NOCH

«Ausgerechnet ich habe für den CIA gearbeitet!» Das sagt Franziska Flury* (61), ehemalige Programmiererin bei der Dechiffriermaschinenfabrik Crypto AG in Steinhausen ZG. «Es war ein super Job, es herrschte ein offener Umgang», erinnert sich die Gewerkschafterin, die damals auch als Kandidatin der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) für den Zuger Regierungsrat kandidierte. Flury kann die Crypto-Affäre, die nun dank einem CIA-Papier definitiv

Cryptoleaks: ein wahnwitziges Stück Schweizer Geschichte!

aufgeflogen ist, immer noch nicht ganz fassen.

Und sie ist nicht allein: work hat mit einem Dutzend Gewerkschaftsmitgliedern und ehemaligen Crypto-Mitarbeitenden geredet – und alle sind sie schockiert bis verärgert. Was? Ihre ehemalige Arbeitgeberin eine Spionage-Bude! Wie? Seit 1970 war sie im Besitz der CIA und des westdeutschen Geheimdienstes BND! Und, hä? Beide Geheimdienste hatten die Crypto AG benutzt, um über 100 Länder auszuspiionieren. Und plötzlich werden aus Ahnungen von früher Gewissheiten von heute (Seite 7).

VILLIGER & CO. Spätestens seit 1977 wussten auch die Schweizer Behörden über die Vorgänge in der Crypto AG Bescheid. Die Dechiffriermaschinen hatten ein geheimes Hintertürchen, damit CIA & BND mithören konnten. Crypto-Geräte waren 1970 auch beim blutigen Militärputsch in Chile im Einsatz. Als die CIA die demokratisch gewählte Regierung von Sozialist Salvador Allende wegputschen liess und dem faschistischen General Augusto Pinochet auf den Thron half. Die Schweizer Behörden machten zunächst mal nichts. Und schauten später lieber weg. Zu tief verstrickt in die Crypto-Affäre waren eine ganze Reihe von Schweizer Politikern und Beamten. Und sind es immer noch: Ex-Militärchef Kaspar Villiger, Ex-Nachrichtendienstchef Peter Regli und Noch-Nachrichtendienst-Vize Jürg Bühler. Genau, jener Bühler, der in den 1990er Jahren bereits eine Untersuchung gegen die Crypto führte – und nichts fand. Alle sind sie noch da! Und waschen ihre Hände in Unschuld. Und ihre Parteikumpanen und Parteimedien helfen ihnen dabei. Indem sie den grössten Spionageskandal seit dem Zweiten Weltkrieg als Vergangenheit verharmlosen.

STAAT IM STAATE. 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist der Kalte Krieg immer noch da. Und der Staat im Staate ebenfalls, dieser militärisch-industrielle Komplex, die engen Verflechtungen von Militärapparat, Rüstungsindustrie, staatlicher Verwaltung und Politik. Ja, es ist schon ein wahnwitziges Stück Schweizer Geschichte, das work-Autor Clemens Studer minutiös zusammengestellt hat (Seiten 8–9). Absolut erhellend und ein Leseabenteuer.

Unglaublich! Gerichtsentscheid gefährdet Branchen-GAV Bald Wildwest im Coiffeur-Saloon?



VERDREHT: Sind Coiffeusen bald schon ohne GAV? FOTO: KEYSTONE

HAIRSTYLIST PIERRE GRATIS-ARBEIT

Mitglied im neuen Arbeitgeberverein VSCU ist auch die Firma «Hairstylist Pierre», der auch die Salons der Marke «Cut and Color» gehören. Die Unia verlieh ihnen im Dezember 2017 einen Schmähprijs für besonders schlechte Lehrbetriebe. Denn eine Lehrstelle bekam dort nur, wer zuerst gratis arbeitete (work berichtete: [rebrand.ly/pierre](#)). Statt Lohn gab's eine Rechnung: für Arbeitsmaterial wie Scheren und Bürsten.

BIZARR. Die Verantwortlichen der Firma sind heute die gleichen wie damals. Auffällig: Mit Ausnahme des Gründers kommen sie nicht aus der Branche. CEO ist Martin Krupp, der zuvor in der Immobilien- und Finanzdienstleistungsbranche tätig war. Ein Verwaltungsrat ist Chef einer Baufirma, ein anderer war zuvor Verwaltungsratspräsident von Valora und Manor. (che)

Der Vertrag im Coiffeurgewerbe läuft Ende Jahr aus. Jetzt verbietet ein Zürcher Gericht die laufenden Verhandlungen. Das gab es noch nie!

CHRISTIAN EGG

Steht die Coiffeurbranche bald ohne Gesamtarbeitsvertrag (GAV) da? Der jetzige Vertrag läuft Ende Jahr aus. In den nächsten Wochen müssen Gewerkschaften und Arbeitgeber einen neuen aushandeln. Es pressiert: Damit der Bund den Vertrag rechtzeitig als allgemeinverbindlich erklären kann, müssten die Gremien der drei Sozialpartnerinnen Unia, Syna und Coiffure Suisse noch im Frühling über das Verhandlungsergebnis entscheiden. Denn das letzte Mal brauchte der Bund 8 Monate.

Die wichtigste Forderung der Coiffeusen und Coiffeure in der Unia: der 13. Monatslohn. Endlich! Immer noch müssen die rund 10 500 Arbeitnehmenden in der Branche ohne 13. Gehalt leben, das sonst fast überall eine Selbstverständlichkeit ist.

Seit letztem September laufen die Verhandlungen. Am 19. Februar war eine weitere Runde angesagt, an der es endlich zur Sache gehen sollte. Aber daraus wurde nichts.

Nur fünf Tage vor dem Termin bekamen die Sozialpartnerinnen eingeschriebene Post. Die Richterin Erika Stoffel vom Bezirksgericht Zürich verbietet die Verhandlungen per superprovisorische Verfügung. Unter Androhung

einer Busse von bis zu 10 000 Franken! Stoffel ist SVP-Mitglied.

So etwas hat selbst der Arbeitsrechtsprofessor Thomas Geiser noch nie erlebt: Das Gericht habe das öffentliche Interesse an einem Gesamtarbeitsvertrag völlig ausser Acht gelassen, kritisiert er auf Anfrage (siehe Interview unten).

FRONTALANGRIFF AUF GAV

Die Verfügung veranlasst hat die Vereinigung Schweizer Coiffeur Unternehmen (VSCU). Dieser Verein, der erst seit gut einem Jahr besteht, will den GAV mitverhandeln. Dafür müsste er aber zuerst dem bestehenden GAV beitreten. Das geht mit einem Gesuch an alle bisherigen Sozialpartnerinnen. Doch die VSCU stand ausschliesslich mit den Arbeitgebern von

«Das grenzt an Erpressung!»

VERONIQUE POLITO, UNIA

Coiffure Suisse in Kontakt – mit Ausnahme eines Pro-Forma-Telefons an die Unia drei Tage vor der Gerichtseingabe. Veronique Polito, die für die Unia die Verhandlungsdelegation leitet, sagt: «Unia und Syna haben von der VSCU nie ein formelles Gesuch zum GAV-Beitritt erhalten.» Dass der Verein stattdessen ein Gericht einschaltete, «grenzt an Erpressung und ist ein Frontalangriff auf den GAV».

Denn keine Verhandlungen heisst: kein GAV ab 2021. Und damit Wildwest bei den Löhnen. Das würden vor allem die grossen Ketten ausnützen, sagt

Polito: «Sie würden die Preise und die Löhne massiv drücken.» Die Leidtragenden wären die rund 10 500 Coiffeusen und Coiffeure in der Schweiz, die schon jetzt tiefe Löhne haben.

GIDOR & CO.

Doch was treibt die VSCU an? Wer steckt überhaupt dahinter? Der Verein schreibt work, er vertrete die Arbeitgeber von rund 2500 Mitarbeitenden. Überprüfbar ist das nicht. Ein Mitgliedereverzeichnis existiert auf der Homepage nicht. Nur eine Liste von gerade einmal 31 Firmen, die «unser Vorhaben unterstützen». Die bekannteste unter ihnen ist die Coiffeurkette Gidor. Unter den Unterstützern ist auch «Hairstylist Pierre», der 2017 für negative Schlagzeilen sorgte (siehe Spalte rechts).

Recherchen zeigen: Mehrere Firmen auf der Liste gehören den gleichen Inhabern. Unia-Frau Polito sagt: «Insgesamt vertritt der Verein höchstens 20 Eigentümerinnen und Eigentümer. Bei über 4000 Arbeitgebern in der Branche ist es fraglich, wie repräsentativ das ist.» Und was meint die VSCU selber? Sie beteuert gegenüber work, sie wolle keinen vertragslosen Zustand. Und sie stehe «vollumfänglich hinter dem aktuellen GAV». Warum gefährdet sie ihn dann?

Die Unia hat sich gegen den Gerichtsentscheid zur Wehr gesetzt. Wann das Gericht darauf eintritt, ist derzeit unklar. Im Entscheid steht nur, das Verfahren werde «demnächst fortgesetzt». work bleibt dran.

Arbeitsrechtsprofessor Thomas Geiser (67) kritisiert Verhandlungsverbot:

«Schwer nachvollziehbar»

Da kann der renommierte Arbeitsrechtler Thomas Geiser, bis 2017 Professor an der Uni St. Gallen, nur den Kopf schütteln – und einen heissen Tipp geben.

CHRISTIAN EGG

work: Thomas Geiser, das Bezirksgericht Zürich verbietet den Sozialpartnerinnen, ohne die VSCU über den GAV zu verhandeln. Ist das gerechtfertigt? **Thomas Geiser:** Eine solche superprovisorische Verfügung setzt Dringlichkeit voraus. Hier liegt aber die Dringlichkeit auf der Seite der bisherigen Sozialpartner

Unia, Syna und Coiffure Suisse: Wenn sie nicht rechtzeitig einen neuen Vertrag abschliessen können, entsteht der Branche möglicherweise erheblicher Schaden. Dass das Gericht die Dringlichkeit anders einschätzt, ist weltfremd.

Ein Fehlurteil?

Zumindest eine Gewichtung, die schwer nachvollziehbar ist. Denn es besteht ja ein öffentliches Interesse daran, dass ein Gesamtarbeitsvertrag

Mir ist nichts Vergleichbares bekannt.

nahtlos verlängert werden kann. Und das fehlt in den Erwägungen des Gerichts.

Kennen Sie ähnliche Gerichtsentscheide?

Nein, mir ist nichts Vergleichbares bekannt.

Die Gewerkschaften hatten bisher kaum Kontakt mit den Coiffeurunternehmern vom VSCU. Trotzdem trifft sie jetzt das Verbot massiv ...

... und das hätte das Gericht beachten müssen. Denn es ist nicht die Schuld der Gewerkschaften, dass die VSCU bisher nicht Verhandlungspartnerin ist.

Wie lange bleibt das Verbot in Kraft?

Bis das Gericht definitiv entscheidet. Und das ist eine weitere Merkwürdigkeit: Normalerweise setzt ein Gericht eine Frist, bis wann die definitive Verhandlung stattfindet, an der dann auch die Gegenparteien angehört werden. Das hat das Gericht nicht gemacht. Weshalb, ist mir unverständlich.



Thomas Geiser.

FOTO: KEYSTONE

Die Unia wehrt sich juristisch gegen die Verfügung. Was kann sie sonst noch tun?

Die bisherigen Sozialpartner könnten sich natürlich trotzdem treffen.

Und die hohe Busse bezahlen?

Nein! Sie sagen einfach: Das ist ein Gespräch, keine Verhandlung. Das ist nicht verboten.



Grosse Bau-Umfrage der Unia zeigt:

Bauarbeiter unter massivem Druck

CHRAMPFEN À GOGO: Ohne Samstagsarbeit und Überstunden sind die Termine auf den Baustellen nicht mehr einzuhalten. FOTO: KEYSTONE

**78 Prozent der Bau-
bützer sagen, dass der
Termindruck auf dem
Bau massiv zugenommen
habe. Und krank mache.
Bei den Polieren sind es
sogar 83 Prozent.
So kann es nicht weiter-
gehen, sagt die Unia.**

MICHAEL STÖTZEL

Schon die Zahl der Teilnehmer an der Unia-Umfrage weist darauf hin, dass es brennt auf dem Bau: Zwischen Juni und Oktober 2019 äusserten sich 12 203 Bauarbeiter und Poliere zu Fragen über Termin- und Zeitdruck, den gesundheitlichen Folgen und der Sicherheit auf den Baustellen. Das sind ganze 15 Prozent aller Bauleute. Und ihre Antworten sind eindeutig.

MEHR STRESS, WENIGER SICHERHEIT

78 Prozent der Bauleute geben an, dass der Termindruck in den letzten Jahren zugenommen habe. Das finden bei den Polieren, die für die Umsetzung der Baupläne verantwortlich sind, sogar 83 Prozent. Mehr Stress spüren 73 Prozent der Bauleute, und 55 Prozent sagen, dass ihre Gesundheit leide. Eine Mehrheit der Befragten klagt auch darüber, dass die Arbeitssicherheit vernachlässigt werde.

Gemessen an den Unfallzahlen haben die Bauarbeiter schon jetzt den gefährlichsten Beruf. Im Durchschnitt aller Branchen verunfallten 2018 (das sind die neuesten Zahlen) 63 von 1000 Beschäftigten. Im Baugewerbe waren es 181, mehr als jeder sechste. Das zusätzlich Erschreckende dabei: Bei den schweren Unfällen war der Trend in den letzten zehn Jahren positiv (+ 17,6 Prozent). Mehr als 120 Bauarbeiter verloren bei der Arbeit ihr Leben. Auch hier war die Tendenz leider steigend. Der zunehmende Stress und vernachlässigte Massnahmen zur Arbeitssicherheit sind mutmasslich ein wesentlicher Faktor für diese erschreckende Entwicklung.

KONJUNKTUR AUF REKORDKURS

Verantwortlich für den Termindruck ist nach Ansicht der Poliere in erster Linie die Bauherrschaft, die zunehmend unrealistische Endtermine vorgibt und selbst bei verzögertem Baubeginn daran festhält. Chris Kelley, Co-Leiter des Bausektors der Unia, weiss, dass auch viele Baufirmen die Zeitvorstellungen ihrer Auftraggeber beklagen: «Doch aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks akzeptieren die meisten Unternehmen die vorgegebenen Fristen –

egal, wie unrealistisch die Planung ist.» Ganze 64 Prozent der Poliere beklagten aber auch, auf ihren Baustellen nicht genug Arbeiter zu haben, um die Termine ohne Überstunden und Samstagsarbeit einzuhalten. Die zwangsläufige Folge: Bauarbeiter müssen auch in ihrer Freizeit antreten. 68 Prozent der befragten Bauarbeiter gaben in der Umfrage deshalb an, dass sie zu wenig Zeit für ihre Familien hätten. Stellvertretend fasst dies Bauarbeiter Antonio Ruberto so zusammen: «Der Termindruck auf den Baustellen ist wie eine Krankheit. Heute

«Der Termindruck auf den Baustellen ist wie eine Krankheit.»

ANTONIO RUBERTO, BAUARBEITER

müssen wir fertig sein, bevor wir angefangen haben. Und wir zahlen mit unserer Freizeit, unserer Gesundheit und mit unserem Leben.» Ruberto arbeitete fast 40 Jahre auf dem Bau und ist seit kurzem in der verdienten Frühpensionierung.

Krank sind dabei aber nicht die Gewinne der Branche selbst. Im Gegenteil: Die Konjunktur im Bauhauptgewerbe war in den letzten 20 Jahren noch nie so gut wie 2019. Das zeigen Berechnungen des Baumeisterverbandes (SBV) und der Credit Suisse. Und die Arbeitsvorräte sind laut SBV auf Rekordhoch. Die Firmen werden also auch in diesem Jahr gute Geschäfte machen. Jeder ihrer Arbeiter bringt ihnen einen Reingewinn von 13 900 Franken. Das zeigten Berechnungen des Bundesamtes für Statistik von 2017.

Unia-Bauchef Nico Lutz sieht in solchen Erfolgszahlen allerdings «nur einen Teil der Realität». Der andere Teil: «Die Zahl der Beschäftigten ist in den letzten Jahren tendenziell gesunken. Insbesondere bei den festangestellten Bauarbeitern wurde der Bestand deutlich reduziert.» Spitzenkonjunktur bei reduziertem Personal, das heisst: grössere Arbeitsbelastung, wachsender Zeitdruck, Stress. Weil immer weniger Bauarbeiter immer mehr bauen.

WAS TUN?

Ende Januar haben sich die Präsidenten der regionalen Unia-Baugruppen bereits mit den Ergebnissen der Umfrage beschäftigt. In der Diskussion, die in den nächsten Wochen an Versammlungen im ganzen Land fortgesetzt werden soll, zeichnen sich Forderungen auf drei Ebenen ab. Unter anderem:

- **Bauherrschaft:** Bei fehlerhaften und veränderten Bauplänen oder gefährlichem Schlechtwetter müssen die Endtermine angepasst werden.
- **Baufirmen:** Beschränkung der Temporärarbeit und der Weitervergabe der Arbeiten an Subunternehmer.
- **Arbeitszeit:** Reduktion der möglichen Überstunden und der Samstagsarbeit. Sie müssen wieder bewilligungspflichtig und verteuert werden. Zudem soll die Reisezeit zur Baustelle endlich auch zur Arbeitszeit zählen.

Bauarbeiter-Umfrage: Die Ergebnisse



Was sind die negativsten Auswirkungen des steigenden Termindrucks?

Von elf möglichen Punkten konnten Teilnehmende drei ankreuzen. Die am häufigsten genannten Auswirkungen:



Weitere häufig genannte Punkte sind: immer längere Reisezeiten; Arbeiten auch bei Schlechtwetter; die Stimmung im Team leidet; ich weiss nie, wann ich am Abend nach Hause komme.

QUELLE: UNIA / GRAFIK WORK

Sieg für Google-Leute

ZÜRICH. Jetzt also doch: Am Google-Standort in Zürich gibt es bald eine Personalvertretung. Die Mitarbeitenden haben sich gegen den Tech-Riesen durchgesetzt. Der hatte versucht, die gewerkschaftliche Organisation



ERFOLG! Google darf Gewerkschafter nicht mehr vor die Tür stellen.

zu verhindern (work berichtete). Doch die Angestellten liessen nicht locker. Laut «Tages-Anzeiger» sprach sich bei einer internen Abstimmung am 24. Januar die Mehrheit für eine Personalvertretung aus. Die muss der Konzern jetzt einrichten, ob es ihm passt oder nicht. Denn: Nach Schweizer Gesetz besteht ab 50 Mitarbeitenden das Recht auf eine Personalvertretung.

Mega-Gewinn bei Detailhändler Coop

BASEL. 531 Millionen Franken Gewinn machte Coop im letzten Jahr. Ganze 58 Millionen mehr als im Vorjahr. Doch die Mitarbeitenden sehen davon wenig: Während der Stress ständig steigt (work berichtete: rebrand.ly/dafalgan), geht es beim Lohn kaum vorwärts. Nur um 1 Prozent erhöhte Coop letztes Jahr die Lohnsumme, verteilt auf zwei Drittel aller Mitarbeitenden. Die Unia will jetzt wissen, ob Coop zumindest das einhält. Deshalb hat sie eine grosse Lohnumfrage lanciert und fragt die Angestellten: «Coop ist auf Gewinnkurs. Und was kassieren Sie?» www.unia.ch/coop-loehne

13 Millionen für Ex-ABB-Chef

ZÜRICH. In seinem letzten Jahr an der ABB-Spitze kassierte Ulrich Spiesshofer 8,5 Millionen Franken. Jetzt streicht er nochmals 13 Millionen Abfindung ein. Spiesshofer wurde im April von den Aktionären geschasst, obwohl er ABB nach ihrem Willen filetiert hatte: Er strich 500 Stellen am Hauptsitz, lagerte Jobs von Genf nach Polen aus und verkaufte das Herzstück – das Stromnetzgeschäft – an Hitachi. Tausende Mitarbeitende bangten um ihren Job, die Aktionäre sahten ab. Aber zu wenig, fanden sie und setzten den CEO vor die Tür.

Coronavirus: Italien schränkt Streikrecht ein

ROM. Bis am 31. März 2020 in Italien wegen des Coronavirus nicht gestreikt werden. Das hat die Garantiekommision für Streiks entschieden. Die Behörde entscheidet über die «Legitimität und Legalität» von Streiks. Um die weitere Ausbreitung des Virus zu stoppen, dürfen zurzeit keine öffentlichen Dienste blockiert werden. Die geplanten Streiks im Flugverkehr und an Schulen haben die Gewerkschaften jetzt verschoben. Sie machen aber klar: «Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und erwarten von den Behörden dasselbe.»

Überbrückungsrente Vorwärts!

Ältere Arbeitnehmende haben es zunehmend schwer auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Ü55, die ihre Stelle verlieren, finden keinen neuen Job mehr, werden ausgesteuert und sind auf Sozialhilfe angewiesen. Das ist ein unwürdiger Zustand.

VERBESSERT. Der Bundesrat hat deshalb zusammen mit den Sozialpartnern das Konzept für eine Übergangsrente entwickelt. Der Ständerat hat die Vor-



ARBEITSLOS: Immer mehr Ü55 finden keinen Job mehr. FOTO: KEY

lage in der Wintersession zusammengestrichen. Das hat die zuständige Nationalratskommission jetzt mit diversen Anträgen korrigiert. Und die bundesrätliche Vorlage in wichtigen Details verbessert: So sollen Erziehungs- und Betreuungsgutschriften angerechnet werden. Das ist gut für die Frauen. Und die Überbrü-

Überbrückungsrente soll für Ü60 gelten, die ausgesteuert sind.

ckungsrente soll für alle über 60jährigen Ausgesteuerten gelten. Leider hat die Kommission aber auch die Vermögensschwelle herabgesetzt. Damit werden mittel- und langfristig mehr Rentnerinnen und Rentner auf AHV-Ergänzungsleistungen angewiesen sein.

Wenn National- und Ständerat wollen, kann das Geschäft in der Frühlingsession fertig beraten werden. (cs)

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund lanciert die Initiative für eine 13. AHV-Rente

Der Lohnklau an den Frauen ist auch ein Rentenklau an den Frauen

Seit Jahrzehnten steht der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» in der Verfassung. In der Realität ist er nicht umgesetzt. Das hat auch Auswirkungen auf das Leben der Frauen nach der Pensionierung.

CLEMENS STUDER

Jede Berufsfrau wird in ihrem Arbeitsleben um 303 000 Franken betrogen. Bloss, weil sie eine Frau und kein Mann ist. Dafür könnte jedefrau jedes Jahr eine Woche Luxus-

Ein AHV-Dreizehnter würde einer Rentenerhöhung von rund 8 Prozent entsprechen.

ferien auf den Seychellen machen. Das ist zwar kein klimaschonender Vergleich. Dafür eindrücklich. Und weil die Frauen weniger verdienen, haben sie auch weniger Rente. Vor allem aus der Pensionskasse. Die bröckeln zwar unterdessen auch für Männer, aber viele Frauen kommen systembedingt nur auf mickrige Renten. Sie würden besonders von einer Stärkung der AHV profitieren.

37 PROZENT WENIGER RENTE

Im Dezember 2018 haben die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) die Volksinitiative für eine dreizehnte AHV-Rente beschlossen. Ein AHV-Dreizehnter würde einer Rentenerhöhung von rund 8 Prozent entsprechen. Die Initiative wird jetzt zum 8. März, dem

Internationalen Tag der Frau, lanciert. Das ist nicht nur symbolisch stimmig. Denn der verfassungswidrige Lohnklau an den Frauen hat auch dramatische Auswirkungen auf das Leben nach der Pensionierung. Frauen in der Schweiz bekommen im Durchschnitt 37 Prozent weniger Rente als Männer. Die Zahlen im Detail hier: rebrand.ly/

Die erschreckenden Zahlen gibt's hier: rebrand.ly/hungerrenten. Ebenfalls eine wesentliche Verbesserung der Rentensituation für Frauen würde darum die Umsetzung des Sozialpartnerkompromisses zur Sanierung der Pensionskassen bringen. Im

Dezember 2019 schickte der Bundesrat ihn in die Vernehmlassung. Diese läuft bis am 27. März. Der Kompromissvorschlag der Sozialpartner ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage. Trotzdem würde er einiges für die Lohnabhängigen verbessern. Insbesondere für die Frauen. Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. Der Rentenzuschlag wird mit einem Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent



GÄHNENDE LEERE: Frauen in der Schweiz bekommen im Durchschnitt 37 Prozent weniger Rente als Männer. FOTO: ISTOCK

der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850 000 Franken finanziert. Hohe Löhne bezahlen damit also deutlich mehr für den Rentenzuschlag.

der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850 000 Franken finanziert. Hohe Löhne bezahlen damit also deutlich mehr für den Rentenzuschlag.

GUT FÜR DIE FRAUEN

Die so zusammenkommende Summe wird pro Kopf an alle künftigen Pensionskassenrentnerinnen und -rent-

ner ausbezahlt. Davon profitieren Menschen mit tiefen Einkommen und Teilzeitarbeitende, insbesondere also auch die Frauen. Weiter schlagen die Sozialpartner vor, den sogenannten Koordinationsabzug zu halbieren. Damit trägt ein grosserer Lohnanteil zum Aufbau der BVG-Rente bei. Das ist ebenfalls für Teilzeitarbeitende und für Menschen mit kleinen Einkommen wichtig. Auch hier sind die Mehrzahl Frauen.

RECHTER WIDERSTAND

Unterdessen haben sich einige Arbeitgeberverbände und der Gewerbeverband gegen den Sozialpartner-Vorschlag positioniert. Er ist ihnen zu sozial. Und darum versuchen sie Ver-

8. MÄRZ: TAG DER FRAUEN

Lesen Sie mehr zum Internationalen Tag der Frauen. Seiten 14–15

wirrung zu stiften mit eigenen Vorschlägen. Diese unterscheiden sich zwar in Nuancen, haben aber eines gemeinsam: sie würden für die Versicherten noch teurer als das aktuelle System. Der grosse work-Modellvergleich: rebrand.ly/rentenklauer.

Nach SVP und FDP hat sich jetzt auch die CVP in die antisoziale Front eingereiht. Es wird im Parlament eng für den Sozialpartnerkompromiss. Umso wichtiger und dringender ist daher die Stärkung der AHV. Nur diese bringt eine wirkliche Verbesserung der Rentensituation für die Mehrheit der Lohnabhängigen. Die AHV bietet das beste Preis-Leistungs-Verhältnis in der Altersvorsorge. Der AHV-Dreizehnte ist ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Ostsee und Nordsee als ein grosser Stausee: Eine Schnapsidee?

Immer verrücktere Ideen werden in Sachen Klimaschutz in den politischen Raum gestellt. Neuster Hit auf dem Debattemarkt: gigantische Staumauern zwischen Frankreich und Wales sowie Schottland und Norwegen.

Der Schweizer Ingenieur Bruno Siegart träumte davon, in der Meerenge von Gibraltar einen Staudamm zu errichten. Und dank dem Projekt Atlantropa das Niveau des Mittelmeers um 100 Meter abzusenken. Um so Land zu gewinnen, um so Strom zu produzieren und um so mit dem Zug auf dem Landweg von Berlin nach Kapstadt sausen zu können. 1958 wurde das Projekt still und leise begraben.

Für den Fall, dass wir zu wenig oder nichts gegen die Klimaerwärmung machen, schlägt nun der holländische Ozeanograph Sjoerd Groeskamp zusammen mit seinem Kollegen Joakim Kjellsson den Bau zweier gigantischer Staumauern vor.

GIGANTISCH. Eine 160 Kilometer lange Staumauer würde Frankreich mit Wales verbinden. Eine zweite, 480 Kilometer lange Staumauer Schottland mit Norwegen.

Es gibt somit wenig total Neues unter der Sonne. Groeskamp und Kjellsson gehen davon aus, dass die beiden

Mauern irgendwo zwischen 270 und 600 Milliarden Franken kosten würden, um 25 Millionen Menschen vor dem steigenden Meeresspiegel zu schützen.

VERRÜCKT. Immer mehr und immer verrücktere Ideen werden in Sachen Klimaschutz in den politischen Raum gestellt. Versuchen wir die Grössenordnungen dieser doppelten Staumauer zu begreifen.

- Pro geschützte Einwohnerin, geschützten Einwohner – Kinder inbegriffen – müsste man 24 000 Franken investieren.
- Für dieses Geld kann man ab 2025 problemlos jährlich 50 000 Kilowattstunden neuen, erneuerbaren Strom pro geschützten Einwohner herstellen.
- Dies entspricht, wenn dieser Strom für effiziente Wärmepumpen und Autos

verwendet wird, einem Konsum von heute 25 000 Litern Heizöl, Diesel oder Benzin. Wer im Ernst daran denkt, statt den ökologischen Umbau zu realisieren, weiterhin dem fossilen Kapitalismus zu frönen, hat es mit 3 Kostenblöcken zu tun: Erstens Verzinsung und Amortisa-

tion des Staudammes. Zweitens Unterhalt der Mauer. Und drittens produziert der Staudamm im Gegensatz zu Sonne und Wind keinen Strom.

Umgekehrt gilt: Die zwei Staumauern kosten nur halb so viel, wie die USA jährlich für die Armee ausgeben.



MAMMUT-STAUDÄMME: Geht die Klimaerwärmung ungebremst weiter, steigen die Meeresspiegel. Mit gigantischen Dämmen sollen die Menschen vor den Fluten geschützt werden. Das kostet jedoch viel mehr als die Umstellung auf grüne Energie. FOTO: ZVG

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/atlantropa1
Immer wieder haben Allmachtphantasien Ingenieure fasziniert. Auch der Schweizer Ingenieur Bruno Siegart gehörte zu jenen, die den Spiegel des Mittelmeers mittels einer Staumauer in der Enge von Gibraltar absenken wollte.

● rebrand.ly/atlantropa2
1958 wurde das Projekt Atlantropa versenkt.

● rebrand.ly/nordseeriegel
Ein Interview mit Joakim Kjellsson, der zusammen mit dem Ozeanographen Groeskamp das Projekt entwickelt hat.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



Abstimmung über die SVP-Kündigungsinitiative vom 17. Mai

«Gefährlicher Angriff auf alle Arbeitnehmenden»

Die SVP will die Personenfreizügigkeit abschaffen. Damit würden auch die flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz aller in der Schweiz wegfallen. Nicht mit uns! sagen die Gewerkschaften und starten ihre Nein-Kampagne.

CLEMENS STUDER

Am 17. Mai stimmt die Schweiz über die sogenannte «Begrenzungsinitiative» der SVP ab. Bei einem Ja muss die Personenfreizügigkeit mit der EU gekündigt werden. Wegen der sogenannten Guillotineklausel wäre dies das Ende der bilateralen Verträge I mit der EU. Also ein Schweizer Brexit, der Schwexit. Und weil mit der Personenfreizügigkeit auch die flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz wegfallen würden, bedroht die Kündigungsinitiative die Arbeits- und Lohnbedingungen aller Lohnabhängigen in der Schweiz. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt es drastisch: «Die Kündigungsinitiative ist ein beispielloser und brandgefährlicher Angriff auf alle Arbeitnehmenden!»

LOHNSCHUTZ FÜR ALLE

Die Gewerkschaften haben sich immer für die Bilateralen ausgesprochen – sofern sie den Arbeitnehmenden in der Schweiz nützen. Um zu verhindern, dass mit der Personenfreizügigkeit Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz unter Druck geraten, erkämpften die Gewerkschaften die flankierenden Massnahmen (FlaM). Diese sind eine grosse Errungenschaft. Vor der Personenfreizügigkeit galt das entwürdigende Saisonierstatut plus Kontingente. Diese brachten nicht weniger Zuwanderung, sondern bloss Lohndruck für alle in der Schweiz Arbeitenden. Weil sich die schlecht geschützten migrantischen Arbeitnehmenden nicht für ihre Rechte zu wehren getrauten. Die FlaM sind ein nichtdiskriminierender Schutz und bringen Verbesserungen für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Im Jahr 2018 wurden 42 000 Unternehmen und 173 000 Personen von paritätischen und tripartiten Kommissionen der Sozialpartner und Kantone kontrolliert. Bei rund

einem Viertel der Kontrollen flogen Arbeitgebermissbräuche auf – und wurden geahndet. Und die geprellten Arbeitnehmenden bekamen ihre Löhne nachbezahlt. Fehlbare Firmen aus dem Ausland werden für Arbeiten in der Schweiz gesperrt. Dies schützt auch ehrliche Firmen vor Dumping-Konkurrenz. Das FlaM-System ist zwar nicht perfekt. Aber es bewährt sich im Alltag. Und es muss weiter ausgebaut werden. Nicht abgeschafft, wie es die SVP will.

DIE WAHREN SVP-ZIELE

Von den Flankierenden profitieren nicht «nur» die direkt von Lohndumping betroffenen Arbeitnehmenden. Die gestärkten Arbeitnehmendenrechte schützen die Löhne und die Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen in der Schweiz. Es ist auch eine Folge der FlaM, dass heute fast 1 Million Beschäftigter durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) geschützt sind, die der Bundesrat allgemeinverbindlich erklärt hat. Bei Einführung der Personenfreizügigkeit waren es erst rund 380 000. Und genau diese gestärkten Rechte der Lohnabhängigen sind der SVP ein Dorn im Auge. Nicht, wie vorgeschoben, die Zuwanderung. Statt der Personenfreizügigkeit propagiert die SVP «Kontingente», um die Zuwanderung zu steuern. Doch wie die Erfahrung

Kommt die SVP durch, können GAV nicht mehr so kontrolliert werden wie heute.

aus Vor-Personenfreizügigkeits-Zeiten zeigen, funktioniert das nicht. Denn es kommen immer genau so viele Arbeitskräfte in die Schweiz, wie die Wirtschaft benötigt. Sie würden einfach schutzlos sein. Und weil ohne Personenfreizügigkeit auch die flankierenden Massnahmen wegfallen würden, könnten nach einem Ja zur SVP-Initiative die GAV und die Mindestlöhne nicht mehr wie heute kontrolliert und durchgesetzt werden.



NO, NON UND NOCHMALS NEIN! Unia-Chefin Vania Alleva und SGB-Chef Pierre-Yves Maillard bei der Lancierung der Kampagne gegen die SVP-Kündigungsinitiative. FOTO: KEYSTONE

Unia-Chefin Alleva: «Dies würde Löhne und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtern und systematisches Lohndumping ermöglichen.» Genau diese massive Schwächung der Arbeitnehmendenrechte ist das Ziel der Milliardenpartei SVP. Ihre Exponentinnen und Exponenten um EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher haben das auch schon offen zugegeben. Zum Beispiel an der Lancierungsmedienkonferenz der Kündigungsinitiative am 30. Januar 2018.

SGB-ABSTIMMUNGSZEITUNG

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard sagt: «Es ist offensichtlich, dass die Gewerkschaften in dieser Situation eine führende Rolle spielen müssen. Wenn die Zukunft guter Arbeitsplätze und Löhne auf dem Spiel steht, können und wollen wir uns nicht vor der Verantwortung drücken. Wir werden deshalb eine für eine solche Vorlage beispiellose Kampagne führen.» Dazu gehört auch eine Abstimmungszeitung mit Millionenaufgabe, die auf der Strasse und in den Betrieben verteilt wird – und in einen Grossteil der Schweizer Haushalte.

Übrigens: Rechte Medienschaffende und Politiker versuchen immer wieder, einen Gegensatz zwischen der Haltung der Gewerkschaften zum EU-Rahmenvertrag in der vorliegenden Form und dem Nein zur Kündigungsinitiative zu konstruieren. Dazu sagt Unia-Chefin Alleva kurz und knapp: «Unsere Haltung ist sehr kohärent: wir bekämpfen alles, was den Lohnschutz schwächt.» Das nächste Mal am 17. Mai, nämlich die SVP-Kündigungsinitiative.

30 Jahre Asbest-Verbot: Und immer mehr Tote

Vor genau 30 Jahren wurde die Produktion und die Verwendung der giftigen Asbestfasern in der Schweiz verboten. Dennoch steigt die Zahl der Menschen, die an Asbestkrebs sterben.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Tatort: Primarschule Pâquis GE, Februar 2020. Ein Unia-Mitglied meldet den dringenden Verdacht auf Asbestverseuchung. Und tatsächlich messen die Behörden viel zu hohe Asbestwerte – und lassen die Renovierungsbaustelle evakuieren. Denn: Asbestfasern sind tödlich. Wer sie einatmet, kann an Lungen- oder Brustfellkrebs erkranken. Für Unia-Mann Alessandro Pelizzari ist deshalb unverstänlich, weshalb Bauunternehmer, Ingenieure und Behörden monatelang nicht genügend taten, um die Arbeiter zu schützen. Dabei sind Bauherren seit 2015 verpflichtet, vor Beginn von Abbruch- oder Umbauarbeiten eine Schadstoffermittlung durchzuführen und die Entsorgung möglicher Asbestabfälle zu planen.

Die Baustelle in Pâquis ist inzwischen wieder freigegeben – und für die Schülerinnen und Schüler habe nie eine Gefahr bestanden, teilten die Genfer Behörden mit. Unia-Mann Pelizzari aber bleibt skeptisch: «Auf dieser Baustelle sind sehr viele Fehler passiert. Jetzt wollen wir absolut sichergehen, dass die Arbeiter keinem Asbestrisiko mehr ausgesetzt sind.»

GEWERKSCHAFTLICHER DRUCK

Dass bei Renovierungen Asbest freigesetzt wird, ist nicht aussergewöhnlich. Die vielseitige und robuste Asbestfaser war das Baumaterial erster Wahl für Isolationen, Bodenbelege, Fensterkitt oder Asbestbeton. Bis am 1. März 1990. Damals wurde Asbest in der Schweiz verboten. In der EU gilt seit 2005 ein Asbestverbot. Doch weltweit

Suva prognostiziert einen Anstieg auf 170 Fälle pro Jahr.

wird noch in zahlreichen Ländern Asbest verbaut. Zum relativ frühen Schweizer Verbot kam es, weil die Gewerkschaften in den 1980er Jahren Druck machten, unter Federführung von Vasco Pedrina, damals beim SGB zuständig für Gesundheit am Arbeitsplatz. Der Druck war nötig, denn schliesslich war die Schweiz Standort einer der weltweit grössten Produzentinnen von asbesthaltigen Produkten, der Eternit AG (heute Lafarge-Holcim). Die Wende hätte nicht so schnell stattgefunden ohne das Umdenken des damaligen Eternit-Chefs Stephan Schmidheiny. Bereits 1987 gab Schmidheiny bekannt, vollständig auf Asbest verzichten zu wollen – trotz erheblichem Widerstand der anderen Asbestbarone. Schmidheiny's Umgang mit den Asbestopfern hingegen lässt zu wünschen übrig: mit vielen teuren Anwälten wehrte er sich in zahlreichen Prozessen gegen Entschädigungen für Asbestopfer und ihre Hinterbliebenen. Und: Weder unterstützte er die Verlängerung der Verjährungsfrist für Asbestklagen, noch bot er bisher Hilfe bei der Schaffung des Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA).

RISIKO UMBAUARBEITEN

Seit 1939 hat die Suva über 5100 Fälle von asbestbedingten Berufskrankheiten anerkannt (Stand 2017). Und obwohl die gefährliche Faser seit 30 Jahren nicht mehr verbaut wird, erkranken jährlich noch immer 120 Menschen an tödlichem Asbestkrebs. Die Suva prognostiziert sogar einen Anstieg auf 170 Fälle pro Jahr. Das liegt zum einen daran, dass die Erkrankung erst 15 bis 40



SANIERUNG: In kontaminierten Altbauten braucht es eine professionelle Asbestentsorgung. FOTO: KEYSTONE

Jahre nach dem Einatmen der giftigen Fasern auftritt. Zum anderen ist die steigende Opferzahl auch auf den Asbestkontakt der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Abbruch- und Umbauarbeiten von Häusern zurückzuführen, die vor 1990 erbaut wurden, so wie in der Primarschule Pâquis. Aus Sicht der Gewerkschaften braucht es deshalb eine wirksame Prävention, die Durchsetzung der Schadstoffermittlungspflicht und die Kontrolle ihrer Umsetzung.

Vasco Pedrina, Dario Mordasini, Christine Michel
Asbest: seit 30 Jahren verboten, nach wie vor aktuell – Rück- und Ausblick aus gewerkschaftlicher Sicht.
Download: www.unia.ch/asbest

Cryptoleaks: Das müssen Sie wissen

Die Zuger Crypto AG verkaufte während Jahrzehnten an über hundert Staaten Chiffriergeräte mit einer Hintertür. US-Geheimdienste und der Bundesnachrichtendienst (BND) horchten mit. Und besaßen die Firma gar – über eine Briefkastenfirma.

1952

Der schwedische Ingenieur Boris Hagelin wandert nach vielen Jahren in den USA nach Zug ein und gründet dort die Crypto AG. Er wählt die Schweiz, weil sie neutral ist und – im Vergleich zum ebenfalls neutralen Schweden – eine weniger regulierte Ausfuhrpraxis hat.



BORIS HAGELIN: Der schwedische Ingenieur gründete die Crypto AG.

FOTO: HAUSZEITUNG CRYPTO AG

1958

Seit Beginn mischen US-Dienste bei der Crypto mit. Erst die NSA über ihren Kryptologen William Friedman. Sechs Jahre nach der Gründung übernimmt die CIA.

1970

Boris Hagelin, der Sohn des Firmengründers, stirbt bei einem nie wirklich aufgeklärten Auto-unfall in der US-Hauptstadt Washington. Ehemalige Crypto-Mitarbeiter sind überzeugt, dass der Autounfall eigentlich ein Mord war. Denn Hagelin junior soll gegen den Verkauf an die CIA gewesen sein und vor allem: er wollte nach der Übernahme der Geschäftsleitung keine manipulierten Geräte mehr verkaufen. Das erzählt auch Peter Frutiger, der bis 1977 Chef der Crypto-Entwicklungsabteilung war. Frutiger: «Das war kein Unfall, das war ein Attentat.»

1970

CIA und BND übernehmen die Crypto AG über eine Liechtensteiner Tarnfirma. Lustig: Diese intransparenten Besitzverhältnisse begründeten Firmenverantwortliche bis 2018 gerne immer damit, man wolle «nicht erpressbar sein».

1977

Entwicklungsleiter Frutiger verlässt die Crypto. Zuvor dokumentiert er die Manipulationen. Sie sind seine Lebensversicherung. Und: Frutiger informiert den mit ihm befreundeten Korpskommandanten Kurt Bolliger. Dieser schaltet die Bundesanwaltschaft ein. Es kommt zu mehreren Treffen. Bis die Untersuchung auf Druck des damaligen Bundesanwaltes eingestellt wurde.



KURT BOLLIGER: Er schaltete die Bundesanwaltschaft ein. FOTO: WRD.CH

1992

Der iranische Geheimdienst verhaftet am 18. März in Teheran den Schweizer Hans Bühler. Er ist der beste Verkäufer der Crypto AG. Vorwurf: Spionage. Er sitzt über 9 Monate in Haft. Für eine Kautions von 1 Million Franken kommt er am 4. Januar 1993 frei. Bühlers Tochter Chris Blumer sagt heute: Die Iraner hätten Bühler schon nach drei Monaten freigelassen. Doch die Crypto kann nicht zahlen, und die CIA will nicht. Schliesslich kommt das Geld vom BND. Die Deutschen fürchten, dass bei einem Tod Bühlers im Gefängnis das Crypto-Konstrukt auffliegen



HANS BÜHLER: Der Crypto-Verkäufer sass in Iran in Haft. FOTO: KEYSTONE

könnte. Ein paar Monate nach seiner Freilassung wird Bühler von der Crypto AG entlassen.

1993

Der BND steigt aus der Crypto aus. Die ist jetzt eine reine CIA-Firma. Und bleibt es mindestens bis zu Aufspaltung und Verkauf 2018.

1994

Bühler hat nach seiner Entlassung durch die Crypto recherchiert. Unterstützt vom Journalisten Res Strehle, der ein Buch zum Fall veröffentlicht. Zusammen mit Peter Frutiger tritt Bühler in der «Rundschau» von SRF auf. Bühler und Frutiger, der bis vergangene Woche anonym blieb, schildern das Hintertür-Geschäft der Crypto. Der damalige Crypto-Chef dementiert in der Sendung alles.

2015

Im Oberwalliser Oppositionsmagazin «Rote Anneliese» macht Journalist und Geheimdienstexperte Frank Garbely den Fall Crypto bis in die heute aktuellen Verästelungen publik. Er stützt sich dabei auf 52.000 Seiten (bis dahin) geheimer Dokumente, die der US-Geheimdienst NSA freigegeben hatte.

Garbely war bereits an der Recherche der «Rundschau» in den 1990er Jahren beteiligt und ist einer der besten Kenner des Crypto-Komplexes.



2018

Das Interesse der US-Dienste an der Crypto ist in den vergangenen Jahren gesunken. Die technische Entwicklung (Stichwort digitale NSA-Abhörkapazitäten) hat die Bedeutung der Crypto schwinden lassen. Die CIA verkauft die Crypto. Die Firma wird aufgeteilt. Den Schweizer Markt übernimmt CyOne Security. Sie wird von ehemaligen Crypto-Managern geführt. Das internationale Geschäft, den Namen und den Internetauftritt übernimmt der schwedische Unternehmer Andreas Linde.

Sommer 2019

Dem deutschen Journalisten Peter F. Müller werden die heute unter Cryptoleaks bekannten Dokumente zugespielt. Er teilt sie mit der «Rundschau» und der «Washington Post». Aufgeschreckt durch die Recherchen, informiert der Nachrichtendienst des Bundes den Bundesrat.

November 2019

Der Bundesrat befasst sich drei Mal mit der Affäre. Und informiert die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel). Sie ist für die Aufsicht über die Geheimdienste zuständig. Und macht zuerst einmal: nichts.

Januar 2020

Der Bundesrat beauftragt alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer mit einem Bericht zur Affäre. Oberholzer hat im Bundesarchiv nicht mehr Rechte als alle Benutzenden. Will er gesperrte Akten einsehen, muss er bei der jeweils zuständigen Behörde ein Gesuch stellen. Die Nachrichtendienste stellen sich grundsätzlich quer.

Februar 2020

Am 12. Februar strahlen die «Rundschau» (rebrand.ly/crypto-rundschau) und das ZDF ihre Recherchen aus. Die «Washington Post» schreibt vom «Geheimdienst-Coup des Jahrhunderts». Weitere Medien recherchieren. SP und Grüne verlangen eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Die Rechten von der SVP bis zur GLP möchten eher oder sicher keine. Die GPDel will jetzt – ein rundes Vierteljahr nachdem sie zum ersten Mal informiert wurden – doch noch untersuchen. (cs)

Spionagefirma Crypto AG: «Ich hätte Crypto uns

In der Dechiffriermaschinenfabrik Crypto AG in Steinhäusern ZG arbeiteten auch Mitglieder der Industriegewerkschaft Smuv und später der Unia. work hat mit einem Dutzend von ihnen gesprochen.

MARIE-JOSÉE KUHN

«Haarsträubend», «sehr unangenehm», «erschütternd»: die ehemaligen Mitarbeitenden der Dechiffriermaschinenherstellerin Crypto AG sind wütend. Alle. Auf «die Oberen», die uns «nach Strich und Faden belogen» haben. Aber einige auch auf die Medien, die «ihre» ehemalige Arbeitgeberin jetzt «durch den Dreck ziehen». Zwar tauchten in der Vergangenheit immer wieder Artikel auf, wonach in der Crypto AG etwas luschig sei. Dass dort Geheimdienste mitmischen würden. Aber erst jetzt sind auch die letzten Details klar. Dank einem Dokument des US-Geheimdienstes CIA, das verschiedenen Medien zugespielt wurde. Die Dechiffriermaschinenfabrik Crypto AG gehörte seit dem 4. Juni 1970 den Geheimdiensten der USA und Deutschlands, der CIA und dem BND. Sie benutzten die Firma, um jahrelang Länder wie Iran, den Irak, Ägypten oder Libyen auszuspionieren (siehe Seiten 8–9).

«Dass das jetzt hat auffliegen müssen», sagt Rosemarie Jenny* (66), das mache ihr schon zu schaffen. Neun Jahre lang arbeitete sie im Hausdienst der Crypto. Sie staubte auch die Dechiffriermaschinen im Morseraum ab.

«Auffällig war: Fast alle Manager waren Deutsche.»

EX-PROGRAMMIERERIN FRANZISKA FLURY

Der war im 4. Stock – und nur einem inneren Kreis zugänglich. Die Kryptologen und Techniker hatten alle einen Spezial-Badge. Jenny: «Da ging ich immer nur rein, wenn sie mich riefen. Dann sprachen sie plötzlich englisch. Ich hörte nicht hin, ich sah nichts, das ging mich nichts an.» Das gaben ihr die Männer auch zu verstehen: «Davon verstehst du nichts, gell Rosemarie», zogen sie sie auf, «dafür bist du nicht geschickig genug.» Nein, über ihre ehemalige Arbeitgeberin lässt Jenny nichts kommen: «So eine gute und seriöse Firma», sagt sie. Sollte aber «unser Bundesrat Villiger jetzt hinter Gitter kommen, müsste ich also nicht grad weinen».

LICHT ÜBER LIECHTENSTEIN

Um den Ruf der Crypto AG besorgt ist auch Beat Lobsiger* (54). Er hatte lange Jahre in der Produktion gearbeitet, war Unia-Mitglied und fordert ultimativ: «Lassen Sie das Thema fallen!» work brauche jetzt nicht auch noch «dreckige Wäsche» zu waschen. «Falls der ganze Bundesrat informiert gewesen ist, dann haben sie es für die Schweiz gemacht. Und dann soll's mir recht sein», meint er. Und: «Wollen Sie eigentlich den Rest der Arbeitsplätze bei

* alle Namen geändert



workfrage: Braucht es jetzt eine PUK, um die Crypto-Affäre aufzuklären?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

den beiden Nachfolgefirma gefährden, hä?» Nur, «weil da ein paar in der Chefetage Herrgott gespielt haben? Und die Kleinen müssen dann wieder büssen, hä?»

Lobsiger regt sich auf und redet sich ins Zeug. Er ist nicht der einzige, der seinen Namen «unter keinen Umständen» in der Zeitung lesen möchte. Das Dutzend Ex-Mitarbeitende, mit denen work geredet hat, hat Angst. Und sie sind misstrauisch. Ihre erste Frage am Telefon lautet meist: «Wie kommen Sie auf mich? Wer hat Ihnen einen Tipp gegeben?» Das fragt auch Ex-Crypto-Verkäufer Ernst Bieri* (70). Und sagt dann sofort: «Ich sage gar nichts, ich habe zu viel gesehen!» Auf

Ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzählen nie gedacht, dass die so verseckelt! »



BELIEBTER ARBEITSPLATZ: Die Fabrikationshalle der Crypto AG in Steinhausen ZG, 1966. Mit Firmenanlässen und überdurchschnittlichen Löhnen erkaufte sich die Firma das Schweigen der Mitarbeitenden.

all den Botschaften, die er besucht habe. Aber er sage nichts. Weil irgendwann sei ihm schon ein Licht aufgegangen: «Über Liechtenstein», meint er geheimnisvoll.

Im Fürstentum Liechtenstein war der Sitz jener Tarnstiftung, zu der die Crypto AG gehörte. Peter Suter* (67) sagt: «Wir wussten, dass die Firma einer Stiftung gehört.» Die

«Ich sage gar nichts, ich habe zu viel gesehen!»

CRYPTO-VERKÄUFER
ERNST BIERI

schnell nicht verkauft. Jahrzehnte arbeitete Suter im Sicherheitsdienst der Dechiffriermaschinenfabrik. Und hat dennoch nichts geahnt. «Ich hätte nie gedacht, dass die uns dermassen verseckeln!» sagt der Rentner. Denn sie seien immer «gut gehalten» worden.

DIE CRYPTO-FAMILIE

Von überdurchschnittlich guten Arbeitsbedingungen berichtet auch Ex-Programmiererin Franziska Flury* (61): «Die Crypto zahlte über dem GAV

4 SEITEN EXTRA ZUR CRYPTO-AFFÄRE

- Die **Affäre im Überblick:** Die Chronik **Seite 6.**
- **Mitwisser, Mitschweiger und Mitvertuscher:** Diese Schweizer Figuren aus Politik und Geheimdienst tauchen in den CIA-Dokumenten auf. **Seite 8.**
- Wie die **USA profitierten**, warum die **Schweiz wegschaute** und was hinter der **PUK-Scheue** der rechten Parteien wirklich steckt. **Seite 9.**

der Maschinenindustrie. Und mehr Feiertage.» In der Crypto AG war man eine grosse Familie. Das beschreiben mehrere Ex-Mitarbeitende. Auch Malaika Hug erinnert sich gegenüber der «Rundschau» von SRF. Ihr Vater, der vor vier Jahren gestorben ist, war Verkäufer bei der Crypto. Und Präsident der Gewerkschaft Smuv, einer Vorgängergewerkschaft der Unia, Sektion Zug. Die Tochter erinnert sich an Feste, an denen sie mit ihrem Vater war: «Diese Firma war Teil unseres Lebens.» Doch irgendwann wurde es Ruedi Hug unwohl. Er, der die Dechiffriermaschinen kannte wie seine Westentasche, weil er sie zusammenbaute, merkte eines Tages, dass «ir-

gendwas an den Geräten anders war», dass sie womöglich manipuliert worden waren. Tatsächlich hatte man den Maschinen ein Hintertürchen eingebaut, damit die CIA und der BND mitlesen konnten. Das wusste Verkäufer Hug nicht, aber die Sache liess ihn nicht los. Belastete ihn mehr und mehr. Schliesslich kündigte er.

Jetzt sei auch klar, was die Crypto mit den guten Löhnen und den Festen habe bewirken wollen, schätzt Ex-Programmiererin Flury: «Sie haben uns gekauft und so zum Schweigen gebracht.» In der Crypto einen Job zu erhalten, das sei damals was gewesen: «Wir waren alle stolz drauf!»

Flury kam 1980 als Studentin in die hauseigene Druckerei. Und erhielt anschliessend das Angebot zu bleiben. Die Crypto AG bildete sie zur Programmiererin aus. «Es war ein super Job, es herrschte ein offener Umgang.» Und ausgerechnet sie habe für die CIA gearbeitet! Zwei Jahre bevor sie bei der Crypto einstieg, kandidierte Flury nämlich als Kandidatin der «Revolutionären Marxistischen Liga» (RML) für den Zuger Regierungsrat. Auch sie schöpfte keinerlei Verdacht. Zwar fiel ihr auf, dass fast alle Manager Deutsche waren. Inzwischen ist auch klar, warum: Der deutsche Nachrichtendienst schickte seine Männer wöchentlich in der Crypto vorbei, um mitzureden. Getarnt als Siemens-Mitarbeiter.

IN VERSCHIEDENEN ZONEN

Zwar fiel Flury auch auf, dass sie nie einen Fuss in die Entwicklungsabteilung habe setzen können: «Wir konnten nicht frei zirkulieren», erzählt sie. Auch im Personalrestaurant sei man «separat gehalten worden». In verschiedenen Zonen. Speziell gewesen sei auch, dass die Crypto eine hauseigene Betriebsfeuerwehr gehabt habe und eine eigene Druckerei. Dort wurden die Verkaufsperspektive für die De-

chiffriermaschinen hergestellt. Flury: «Offenbar wollte man diese Arbeit nicht rausgeben.» Doch damals, als Studentin, hätte sie darüber nicht weiter nachgedacht. Und den Crypto-Verkäufern einfach das nötige Werbematerial zusammengestellt, das diese verlangten. «Das waren übrigens ziemlich eingebilddete Typen», sagt sie, «die Stars der Firma.»

GATTINNEN UND SEKRETÄRINNEN

Ex-Crypto-Mitarbeiter Walter Wohnlich* (66) seufzt und sagt: «Heute wird ja sowieso alles abgehört, auch unsere Handys.» Er will mit der Crypto AG nichts mehr zu tun haben. Fast ein halbes Jahrhundert habe er alles gegeben, dann habe man ihn einfach «rausgestuhlt». Wohnlich: «Ich war ihnen offenbar nicht mehr gut genug! Den beiden fehlen Direktoren und ihren Ehefrauen!» Ihren Ehefrauen? Ja, sagt Wohnlich, beide Ehefrauen hätten als Direktionssekretärinnen gearbeitet. «Übers Kreuz.» Übers Kreuz? Ja, die Ehefrau des einen als Sekretärin des anderen – und umgekehrt. Offenbar wollte man auch da, «dass es in der Familie bleibt», meint Wohnlich. Und lacht. Und meint: «Der letzte neutrale Schweizer war wohl Wilhelm Tell!»

Cryptoleaks: Der grösste Spionage Und die Schw



CRYPTO AHOI! Ex-Bundesrat Kaspar Villiger am Steuer des Dampfschiffs «Stadt Luzern», 1989.

Schweizer Politiker und Militärs Welcher Mann wusste wann was?

In den CIA-Papieren zur Zuger Crypto AG tauchen bekannte Figuren als Mitwisser, Mitschweiger und Mitvertuscher auf. Eine Geisterbahn der jüngeren Schweizer Geschichte.

CLEMENS STUDER

Männer, Militär, Macht und Milliarden: die Cryptoleaks sind auch ein Sittengemälde aus dem Innersten des militärisch-industriellen Komplexes der Schweiz. Also der engen Verflechtung von Militärapparat, Rüstungsindustrie, staatlicher Verwaltung und Politik.

Zum Beispiel Kaspar Villiger (79): In den Cryptoleaks-Papieren taucht der ehemalige Bundesrat prominent auf. «Zu dem Zeitpunkt [der Spionage-Operation «Rubikon», die Red.] war mindestens ein Mitglied des Bundesrats an der Vertuschung beteiligt.» Und: «Villiger wusste, wem die Firma gehörte, und er dachte, er sei moralisch verpflichtet, dies offenzulegen... Offenkundig hielt Villiger den Mund.» Das Dementi Villigers kam schnell – und rätselhaft: «Wer und was auch immer hinter den CIA-Notizen zu meiner Person stecken mag: sie stimmen in dieser Form nicht, denn eine detaillierte Information über die Übungsanlage hätte mich sofort alarmiert.» Die Fragen «In welcher Form stimmen sie denn?» und «Waren Sie undetailliert informiert?» sind bis jetzt offen.

«Villiger wusste, wem die Firma gehörte.»

CIA-BERICHT

Villiger war von 1989 bis 1995 Vorsteher des Militärdepartements (damals noch EMD). Er wird eventuell schon bald gute Ausreden und Hintertürchen brauchen. Denn bereits am vergangenen 17. Dezember lag dem Bundesrat ein vertrauliches Aussprachepapier der aktuellen VBS-Chefin vor. Viola Amherd informierte darin ihre Kolleginnen und Kollegen, ihr Departement habe in einem alten Archiv Unterlagen zur Crypto AG gefunden. Diese wiesen darauf hin, «dass der ehemalige EMD-Vorsteher K. Villiger informiert war».

Zum Beispiel Georg Stucky (89): Der Ex-FDP-Nationalrat und ehemalige Zuger Finanzdirektor sass seit Anfang der 1990er Jahre im Verwaltungsrat der Crypto AG, ab 2002 bis 2016 präsidierte er ihn. Laut den CIA-Papieren wusste Stucky bis 1994 nicht, wer die wahren Besitzer der Crypto AG waren. Dann wurde er informiert. Und informierte seinerseits Bundesrat Kaspar Villiger, der sich aber schon informiert zeigte.

Stucky war Multiverwaltungsrat. Zum Beispiel auch beim skandalträchtigen Rohstoffhändler Marc Rich, der in Zug geschäftete, geschützt vor der US-Justiz. In seiner Zeit als Finanzdirektor hatte Stucky wesentlich dazu beigetragen, den Kanton Zug zu dem Steuerfluchtthafen und Briefkastenfirmenparadies zu machen, was er heute noch ist. Er

war 16 Jahre im Amt und brachte 9 Steuersenkungsvorlagen für Firmen und Reiche durch. Stucky wollte 1989 ebenfalls Bundesrat werden, die FDP-Fraktion und das Parlament zogen ihm Kaspar Villiger vor. Das scheint der Männerfreundschaft keinen Abbruch getan zu haben. Heute will sich Stucky an nichts mehr in Sachen CIA erinnern.

Zum Beispiel Peter Regli (76): Über Regli schreibt die CIA: «Hohe Beamte der Organisation [militärischer Nachrichtendienst, die Red.] hatten generell Kenntnis von der Rolle Deutschlands und der USA im Zusammenhang mit der Crypto AG und trugen dazu bei, diese Beziehung zu schützen.» Chef des militärischen Nachrichtendienstes war damals Peter Regli. Dieser verbrachte seine ganze berufliche Karriere im Dunstkreis von Militär und Geheimdiensten. In den 1980er Jahren arbeitete er als Chef des Luftwaffenheimdienstes eng mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime zusammen. Die Schweiz und Südafrika tauschten Piloten aus. Und arbeiteten auch bei biologischen und chemischen Waffen zusammen. Daran waren die Apartheid-Militärs interessiert, weil sie einen perfiden Plan verfolgten. Sie wollten Proteste der schwarzen Mehrheit mit biologischen und chemischen Waffen niederschlagen.

Kurz vor seinem erzwungenen Abgang im Jahr 2000 vernichtete Regli eigenhändig eine riesige Menge Akten zur Apartheid-Connection. Eigentlich hatte er den Auftrag, sie im Bundesarchiv abzuliefern. Trotzdem rehabilitierte der rechte «Blocher-Bundesrat» Regli im Jahr 2007. Noch heute ist er dick im Geschäft als Berater von Rüstungsfirmen. Regli weibelte unter anderem auch für den vom Volk 2013 dann abgelehnten Gripen-Kampfbj. Regli – auch er ein FDP-Mann – äussert sich öffentlich nicht zu den Vorgängen.

NEUE GESICHTER

Trotz den vielen alten Männern, der militärisch-industrielle Komplex ist nicht Geschichte. Er hat nur sein Gesicht ein bisschen gewandelt. Schönes Beispiel: FDP-Nationalrätin Doris Fiala veröffentlichte zu Cryptoleaks einen Beitrag. Darin spielt sie die Vorgänge herunter («absolut im Bereich der normalen Üblichkeiten»). Und erklärte, nicht die Vorgänge seien der Skandal, sondern ihre Skandalisierung. Ähnlich äusserte sich Fiala auch in Interviews. «Angeregt» hatte den Text Professor Bernhard Hämmerli. Er leitet den Studiengang «Information und Cyber Security» an der Hochschule Luzern. Dessen Eröffnungsfeier wurde von der InfoGuard AG, einer Schwesterfirma der 2018 aufgelösten Crypto AG, und der Crypto Schweiz AG gesponsert. Das machte der «Tages-Anzeiger» öffentlich. Und auch der gesamte Standort Rotkreuz, wo sich das Informatikdepartement der Hochschule Luzern befindet, darf auf die grosszügige Unterstützung der beiden Firmen zählen. So geht das! Auch 2020 noch.

Jetzt ist definitiv belegt, was viele schon immer geahnt haben: die Zuger Crypto AG war eine Spionage-Bude. Ihre Geräte waren für den US-Geheimdienst CIA und den westdeutschen Bundesnachrichtendienst BND offen wie eine nicht abgeschlossene Baubaracke. Wenn wundert's: die Crypto gehörte ihnen ja. Und die Schweiz wusste Bescheid.

CLEMENS STUDER

Die Enthüllungen der SRF-«Rundschau», des ZDF und der «Washington Post» haben es in sich. Zwar wurde schon länger vermutet, dass die Zuger Crypto AG mit Geheimdiensten zusammenarbeite. Doch das Ausmass ist viel grösser. Denn seit 1970 gehörte die 1952 gegründete Firma der CIA und dem BND sogar. Über eine Briefkastenfirma in Liechtenstein.

Die von der Crypto AG an über 100 Länder verkauften Chiffriermaschinen hatten eine «Hintertür». Diese bestand aus absichtlich in den Verschlüsselungs-Algorithmus eingebauten Schwachstellen. Das machte die vermeintlich sicher verschlüsselten Texte für CIA und BND offen lesbar. Und die Schweizer Behörden und auch Bundesräte waren spätestens ab 1977 über die Vorgänge bei der Crypto informiert. Wer alles wie detailliert informiert war, ist noch offen.

All das steht in den sogenannten Cryptoleaks-Papieren. Mehrere Tausend Dokumente, die dem deutschen Recherchejournalisten Peter F. Müller zugespielt wurden (siehe Chronik auf Seite 6). Er hat sie für das ZDF ausgewertet und sie mit der SRF-Rundschau und der Washington Post geteilt.

RUBIKON ÜBERSCHRITTEN

Der Deckname der Crypto AG war «Minerva». Die ganze Operation hiess «Rubikon». Der Name ist nicht ohne: Rubikon ist ein Fluss in der italienischen Provinz Emilia-Romagna, der es schon früh in die Geschichtsbücher geschafft hat. Julius Caesar überquerte ihn am 10. Januar 49 vor unserer Zeitrechnung mit bewaffneten Truppen.

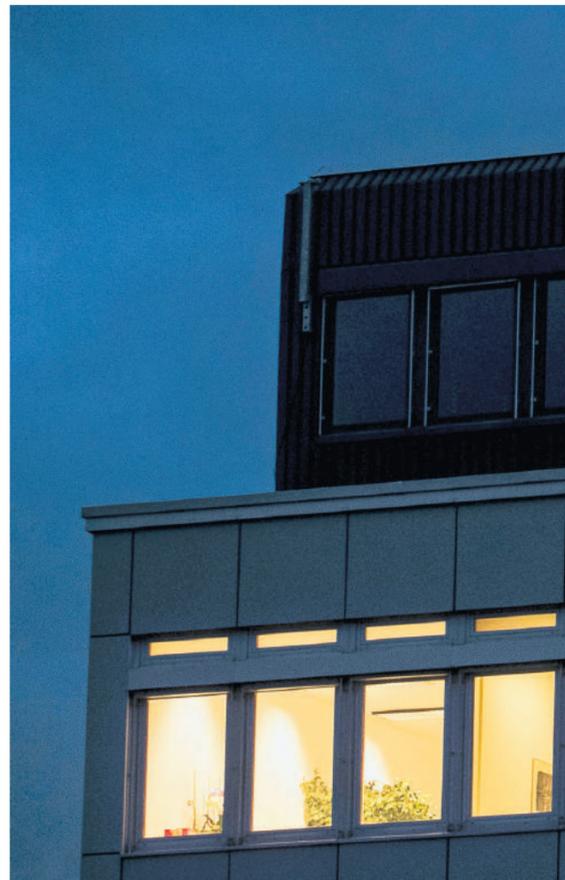
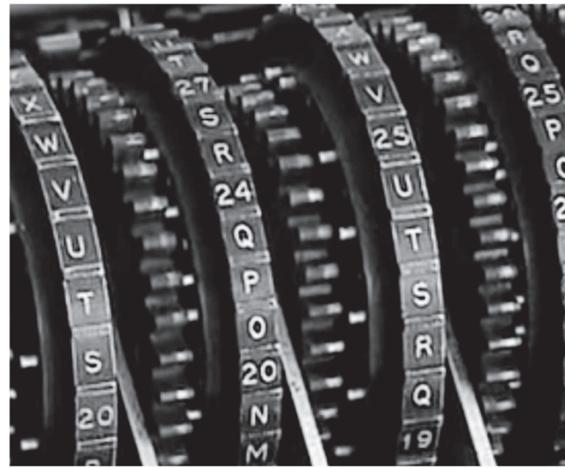
Auch der Vatikan hatte viel Gottvertrauen in die Crypto AG.

Das war eine Kriegserklärung an den römischen Senat. Caesar war sich der unumkehrbaren Konsequenzen bewusst, er wollte an die Macht – und soll sein berühmtes «alea iacta est» gesprochen haben («Der Würfel ist geworfen»). Metaphorisch steht «den Rubikon überschreiten» für «sich unwiderruflich auf eine riskante Handlung einlassen».

Riskant mochte die Aktion Rubikon sein, aber aus Sicht von CIA und BND auch sehr ergiebig. Sie lasen während Jahrzehnten mit, was Regierungen vertraulich währten. Und sie griffen ein (oder auch nicht): zum Beispiel in Argentinien, wo heute noch ein Museum vom blutigen Militärputsch zeugt (siehe Spalte ganz rechts).

Zum Beispiel Chile: 1970 wählte das chilenische Volk den Sozialisten Salvador Allende zum Präsidenten. Er verstaatlichte die Bodenschätze, enteignete ausländische Grosskonzerne und Banken und transferierte 20000 Quadratkilometer Agrarland von den Grossgrundbesitzern zu Kleinbauern und Kollektiven. Das alles passte den USA nicht. Die CIA lancierte einen Putsch durch Teile der Armee, und der faschistische General Augusto Pinochet kam an die Macht. Die demokratisch gewählte Regierung Allende hatte auf Crypto-Geräte gesetzt. Die Putschisten kannten alle Pläne.

Zum Beispiel Panama: Auch der Vatikan hatte viel Gottvertrauen in die Crypto AG. Das wurde 1989 General Manuel Noriega, dem Machthaber von Panama, zum Verhängnis. Der war während vieler Jahre ein treuer US-Vasall und stand auf der CIA-Gehaltsliste. Doch Noriega geschäftete immer intensiver mit dem Medellín-Kokain-Kartell. Und vor allem wurde er zunehmend



widerspenstig, weil der Panamakanal vertragsgemäss 1999 an Panama zurückfallen sollte. Noriega wollte den durch japanische und chinesische Konzerne ausbauen lassen und nicht vom US-Konzern Bechtel. Die US-Armee fiel in Panama ein. Vor den Invasoren flüchtete Noriega in die Gesandtschaft des Vatikans. Was die CIA sofort erfuhr – die Kommunikation nach Rom lief über Crypto-Maschinen.

Zum Beispiel Iran: Bereits Schah Reza Pahlavi war ein treuer Crypto-Kunde. Die Mullahs blieben nach der Revolution den Zugern treu. Und die USA lasen mit. 1980 griff der damalige irakische Staatschef Saddam Hussein Iran an. Im Auftrag und unterstützt vom Westen. Mit Geld, Waffen – und Informationen, die von den Iranern mit Crypto-Geräten verschlüsselt waren. Der Erste Golfkrieg brach aus und dauerte von 1980 bis 1988. Irgendwann aber wurden die Mullahs misstrauisch. Und dieses Misstrauen wäre beinahe das Ende der «Operation Rubikon» geworden.

Am 18. März 1992 verhafteten die Iraner Hans Bühler – Starverkäufer der Crypto AG – und liessen ihn erst am 4. Januar 1993 wieder frei. Jetzt begannen auch in der Schweiz Recherchen über die Hintergründe dieser Verhaftung. Hans Bühler fühlte sich von der Crypto AG – zu Recht – schlecht behandelt. Bis zu seiner Verhaftung in

Biberli meint: «Kann man das noch flicken?»



skandal seit dem Zweiten Weltkrieg eiz war mittendrin



KOMBINATORIK FÜR FORTGESCHRITTENE: Die Rotoren der Chiffriermaschine C-52 aus dem Hause Hagelin.

FOTO: SCREENSHOT TELE M1



WENIG LICHT IM DUNKELN: Firmensitz der Crypto AG in Steinhausen ZG. FOTO: KEYSTONE

Teheran wusste er nichts von den Manipulationen. Er stellte eigene Nachforschungen an. Dann ging er an die Medien (siehe Seite 6).

Die «Rundschau» berichtete schon 1994 ausführlich über die Crypto. Die Vorwürfe waren die, die jetzt definitiv belegt sind. In der Sendung trat der damalige Crypto-Chef Michael Grupe auf und dementierte alle Vorwürfe. Die CIA war zufrieden: «G.'s Auftritt hat das Programm vermutlich gerettet», steht in einem der Cryptoleaks-Dokumente. Auch die Schweizer Bundespolizei startete jetzt eine Voruntersuchung, die aber «keine konkreten Verdachtsmomente für ein strafbares Verhalten ergaben». So sagte es jedenfalls der damalige Bupo-

Schweizer Behörden und Bundesräte waren spätestens ab 1977 informiert.

Jürg Bühler. Er ist heute Vizedirektor beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB). In den CIA-Unterlagen steht zur damaligen Untersuchung: «Sie schienen nicht sehr gut hinzuschauen.» Die Bupo sei eingeweiht gewesen und habe auch den Militärischen Nachrichtendienst (MND) informiert: «Hohe Beamte der Organisation [MND, die Red.] hatten generell Kenntnis von der Rolle Deutschlands und der USA im Zusammenhang mit der Crypto AG und trugen dazu bei, diese Beziehung zu schützen.»

NOCHMALS NICHTS FINDEN?

Die Cryptoleaks-Enthüllungen schreckten auch Politikerinnen und Politiker auf. Aus unterschiedlichen Gründen. FDP und CVP, weil zahlreiche ihrer früheren Spitzenpolitiker und Beamten in die Crypto-Affäre verstrickt sind (siehe Artikel links). Grüne und Linke, weil sie jetzt endlich Licht ins Dunkel bringen wollen. Wer hat ab



STARKES STÜCK: Die Crypto AG verkaufte ihre Chiffriermaschinen an über 100 Länder. Doch die Maschinen hatten eine «Hintertür», so dass CIA und BND nach ihrem Gusto mitlesen konnten. FOTO: RAMA

wann was gewusst? Wie verstrickt sind die Schweizer Geheimdienste? Oder waren sie nur unfähig? Sie wollen eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK).

Doch die rechten Parteien bremsen. Sie setzen auf den vom Bundesrat eingesetzten Alt-Bundesrichter Niklaus Oberholzer. Der ist zwar ein fähiger und integrier Mann. Aber die Befugnisse, mit denen er ausgestattet ist, sind in Anbetracht der Dimensionen des Falls völlig ungenügend. Oder sie setzen auf die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) des Parlaments. Diese ist für die Aufsicht über die Geheimdienste zuständig. Hat seit ihrem Bestehen in Sachen Crypto offenbar aber nie etwas gefunden. Ausserdem sind ihre Kapazitäten ebenfalls ungenügend. Das sagt auch der grüne Alt-Nationalrat Ueli Leuenberger, der von 2013 bis 2015 Mitglied der GPDel war.

Ebenfalls nicht gerade vertrauensbildend: Die GPDel war seit dem November vom Bundesrat über die neusten Entwicklungen informiert. Und hat nichts gemacht. Dazu kommt: Möglicherweise ist die Geheimdienstaufsicht Teil des Problems. Noch am 11. Februar 2020 sagte GPDel-Präsident Alfred Heer (er ist auch als neuer SVP-Präsident im Gespräch), man brauche noch mehr Informationen, ob sich eine Untersuchung überhaupt lohne. Unterdessen hat er seine Meinung geändert. Gut möglich, dass an seinem Sinneswandel die PUK-Gegner von FDP und CVP mitgewerkelt haben.

DIE ANGST VOR DER PUK

Eine PUK ist das stärkste Mittel zur Aufsicht über die eidgenössische Verwaltung. Sie kann einge-

setzt werden, wenn «Vorkommnisse von grosser Tragweite der Klärung bedürfen». Und sie hat starke Mittel. Unter anderem kann sie die Protokolle der Bundesratssitzungen auswerten. Sie kann als geheim klassifizierte Dokumente einsehen. Sie kann Einvernahmen vornehmen. Und sie kann zusätzlich einen Untersuchungsleiter einsetzen.

Eine PUK ist eine scharfe Waffe. Und die Bürgerlichen fürchten sie nach den Erfahrungen mit der PUK-Untersuchung zum Fall Kopp vor 30 Jahren. Damals ging es um Geldwäscherei und Drogenhandel. Aufgeflogen ist dabei der Fichenskanal. Aufgeflogen sind auch die Geheimarmee P26

Die Abwiegler sind schon kräftig am Werk.

und der Geheim-Nachrichtendienst P27. Umstritten ist allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, wie weit die der demokratischen Kontrolle entzogenen Schweizer P-Gruppierungen mit den Nato-weiten Geheimarmeen kooperierten.

Die Erkenntnisse der PUK-Untersuchungen zündeten damals in Dunkelkammern, die von den Rechten lieber im Dunkeln gelassen worden wären. So wie sie jetzt die Crypto-Enhüllungen möglichst schnell zu den Akten legen möchten. Die Abwiegler sind schon kräftig am Werk. Von halblinks (Ex-Botschafter und Kurzzeit-Nationalrat Tim Guldemann) bis ganz rechts (Ex-Bundesrat Christoph Blocher, der in seiner Amtszeit selbst auf Wunsch der CIA Gerichtsakten vernichten liess).

Militärdiktatur in Argentinien: Mitwisser sind Mittäter

Als der Crypto-Skandal aufflog, war Ex-Unia-Co-Präsident und work-Autor Andreas Rieger gerade in Argentinien. Und besuchte dort das Museum, das dem blutigen Putsch der argentinischen Militärjunta von 1976 gewidmet ist. Von weit weg und doch mittendrin schreibt er uns:

«Es war jeweils Anfang Woche. Die Häsher gingen auf die Menschenjagd. Verdeckt in Zivil oder als Sanitäter fahren sie in Buenos Aires bei «Verdächtigen» zu Hause vor und schleppen sie ab ins Schulungszentrum der argentinischen Marine. Ohne Haftbefehl, ohne Haftrichter, alles möglichst, ohne Spuren zu hinterlassen. Ohne Verzug geht im Keller des Offizierscasinos ein Folterteam ans Werk, um Namen von weiteren «Verdächtigen» für die Fortsetzung der Jagd in der nächsten Woche zu erhalten. Im Büro zwei Stöcke höher fallen dann die oberen Verantwortlichen schnelle, kurze Entscheide: «T» heisst «verlegt» (translado), «L» heisst «freigelassen» (liberado). In der zweiten Hälfte der Woche wird umgesetzt, was zynisch «Verlegung» heisst: Die Gefangenen werden eingeschläfert, dutzendweise in ein Flugzeug verfrachtet und in der Nacht über dem Meer abgeworfen, in den sicheren Tod.

MASSENMORD. Durch dieses Folterzentrum der Marine in Buenos Aires wurden zwischen 1976 und 1981 fünftausend Menschen gejagt: Linke, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Intellektuelle und andere, die der Militärdiktatur verdächtig schienen. Fünfhundert weitere solcher Zentren gab es in ganz Argentinien. Nur kleiner. 30 000 Menschen starben insgesamt in diesem teuflisch geplanten Massenmord. Spurlos. Stellten Eltern Nachforschungen bei den Behörden an, antworteten ihnen diese: «Ihr Sohn ist vermutlich einfach abgehauen.» Es dauerte Jahre, bis die Wahrheit öffentlich wurde. Heute zeugt ein Museum direkt am Ort des Grauens, in der Marinekaserne in Buenos Aires, von diesem Terror. Laut ZDF wusste der deutsche Nachrichtendienst BND dank den gezinkten Schweizer Crypto-Verschlüsselungsmaschinen auch über die wichtigen Operationen der argentinischen Militärs bestens Bescheid – und liess den Massenmord laufen. Mitwisser sind Mittäter. Und da wagen es Kommentatoren und Medienleute in der Schweiz nun zu sagen, dank der Crypto-Operation sei die Welt besser geworden!» ANDREAS RIEGER

Arbeitsgesetz 67-Stunden- Woche ist «sistiert»

Der Ständerat legt seine Pläne für die 67-Stunden-Woche auf Eis. Das ist ein Erfolg für die Gewerkschaften. Doch neue Angriffe auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden laufen bereits.

CLEMENS STUDER

Lange gaben sich die rechten Ständerätinnen und Ständeräte unbeeindruckt. Ein Vorstoss des ehemaligen Luzerner CVP-Ständerats Konrad Graber drehte zwar ein paar Schlaufen im Parlament, doch der Kern blieb: Das Arbeitsgesetz sollte so aufgeweicht werden, dass Lohnabhängige bis 67 Stunden pro Woche hätten chrapfen sollen. Und auch der Sonntag sollte zum Werktag werden. Drei Jahre lang werkelt die Wirtschaftskommission (WAK) des



ENDLOS CHRAMPFEN: Die 67-Stunden-Woche kommt vorerst nicht, ist aber noch nicht endgültig vom Tisch. FOTO: KEYSTONE

Ständerates an diesem Angriff auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden. Die Gewerkschaften bekämpften die Wildwest-Deregulierung energisch und drohten schon früh mit dem Referendum. Unterstützt werden sie von Arbeitsmedizinerinnen und Teilen der Kirchen.

Jetzt hat der Druck Wirkung gezeigt. Vergangene Woche rückte die WAK von ihrem Vorhaben ab, das Geschäft in der Frühlingssession vor den Rat zu bringen. Offiziell ist es «sistiert». Bis auf weiteres.

NEUE VORSTÖSSE. Doch die Aufweichung des Schutzes der Arbeitnehmenden bleibt ein Lieblingsanliegen rechter Politikerinnen und Politiker. Genauso hartnäckig, wie sie die Ladenöffnungszeiten schleifen

«Die Schweiz hat bereits jetzt die arbeitgeberfreundlichsten Arbeitsgesetze.»

LUCA CIRIGLIANO, SGB

wollen, versuchen sie, das Arbeitsgesetz auszuhöhlen (die grosse work-Chronik hier [rebrand.ly/ladenoeffnung](https://www.work.ch/rebrand.ly/ladenoeffnung)). Aktuell sind noch zwei Vorstösse hängig: FDP-Nationalrat Marcel Dobler will Firmen bis 5 Jahre nach ihrer Gründung von der Pflicht befreien, die Arbeitszeit zu erfassen, sofern sie ihren Mitarbeitenden Aktien- oder Optionspläne anbieten. Und Thierry Burkhardt, auch er ein FDPler, will «mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Home-Office». Darunter versteht der Aargauer die Ausdehnung der Tages- und Abendarbeit auf 17 Stunden. Auch in der Ruhezeit sollen «gelegentliche Arbeitsleistungen von kurzer Dauer» erlaubt sein. Und für Sonntagsarbeit, die im Home-Office gleistet wird, soll es keine Bewilligung mehr brauchen.

ARBEITGEBERFREUNDLICH. Für Luca Cirigliano vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund ist die Sistierung des Graber-Vorstosses «ein erfreulicher Zwischenschritt, aber das Geschäft muss definitiv vom Tisch». So wie alle weiteren Angriffe aufs Arbeitsgesetz. Cirigliano: «Die Schweiz hat bereits jetzt die arbeitgeberfreundlichsten Arbeitsgesetze.» Statt weiterer Aufweichungen brauche es mehr Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmenden.

Nach illegalen Kündigungen zeigen die Marty-Bauarbeiter:

«Gegen Sauerereien kann man sich wehren!»

Massenentlasser Patrick Manser glaubte, er könne seine Arbeiter einfach rausstuhlen. Doch nun zeigen diese dem Chef der Marty Bauunternehmung AG den Meister. Und nicht nur sie!

JONAS KOMPOSCH

Damit hatte Unternehmer Patrick Manser (47) wohl nicht gerechnet: Vor dem Hauptsitz seines Firmenimperiums in Arbon TG war am 17. Februar schon frühmorgens Hochbetrieb. Aber es war nicht die Kundschaft, die da heranströmte, sondern die Búezer. Und sie kamen nicht mit leeren Händen. Per Lieferwagen schafften sie Backsteine, Schalfeln und Gerüstmaterial heran. Zudem Feuertonnen, eine Musikanlage und Unia-Fahnen.

Drei Manser-Firmen haben zusammen fast eine Million Franken Schulden.

Noch bevor Mansers Hauptsitz seine Tore öffnete, war ein Protest-Podest aufgebaut. Davor postierten sich die Marty-Arbeiter und machten ihrem Ärger Luft: «Geldschieber Manser! Ohne uns und nicht auf unsere Kosten!»

Und darum geht's: Wegen angeblich schlechter Auftrags- und Finanzlage hatte der Bauunternehmer Ende Januar die gesamte Belegschaft Knall auf Fall auf die Strasse gestellt ([work berichtete: rebrand.ly/Manser](https://www.work.ch/rebrand.ly/Manser)). Und zwar, ohne der Belegschaft diese Entlassungen vorgängig anzukündigen. Und auch, ohne die Betroffenen anzuhören und den Kanton zu informieren. Dabei verlangt genau dies das Gesetz. Stattdessen tauchte Manser unter. Und ging danach auch allen Verhandlungsversuchen seitens der Unia aus dem Weg. Dazu Unia-Frau Danijela Bašić: «Er ist nicht einmal ans Telefon gegangen und hat auch auf unseren eingeschriebenen Brief erst viel zu spät und bloss via Anwalt ge-

antwortet.» Mit ihrer Aktion antworteten die Bauarbeiter auf Mansers Arroganz. Kranführer Adrian Sahner (59): «Wir zeigen heute, dass man sich gegen Sauerereien wehren kann.» Und wie! Nach der zweistündigen Versammlung ging's weiter mit einer Demonstration mitten durch die Bodenseestadt.

BETREIBUNGEN

Die Arbeiterproteste riefen das Thurgauer Amt für Wirtschaft und Arbeit auf den Plan. Weil es zu spät über die Massenentlassung informiert worden war, hat es gegen Manser eine Strafanzeige erstattet, wie Amtschef Daniel Wessner bestätigt. Wessner betont zudem, dass solche Anzeigen eine Seltenheit seien und dass die Bauwirtschaft im Thurgau zurzeit sehr gut dastehe. «Schon seit längerem verzeichnen wir bei Baufirmen keine Konkurse mehr und erst recht keine Massenentlassungen», sagt Wessner zu work.

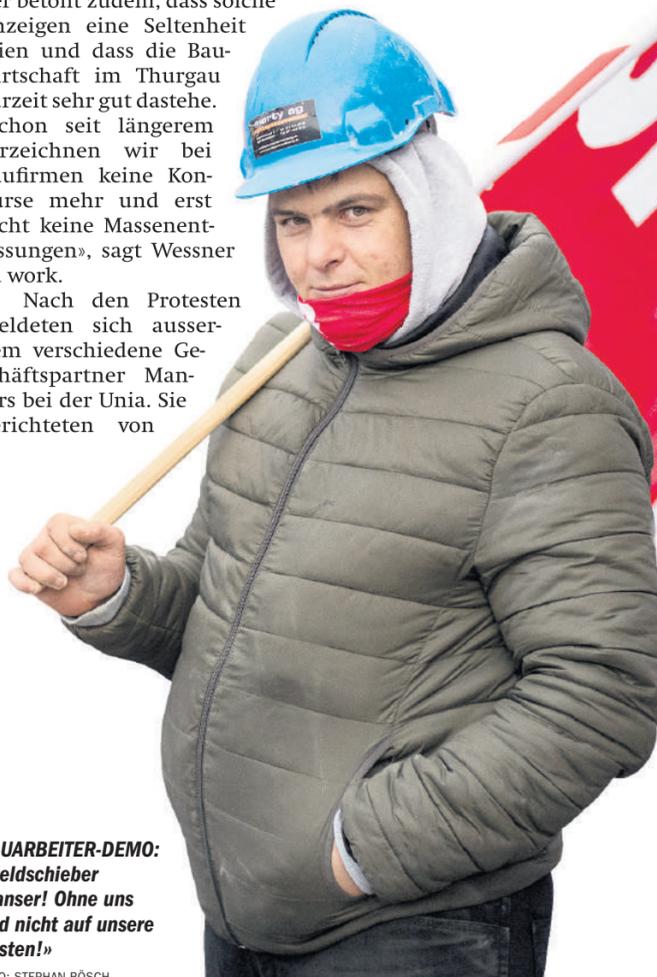
Nach den Protesten meldeten sich ausserdem verschiedene Geschäftspartner Mansers bei der Unia. Sie berichteten von

angeblich dubiosen Methoden des Unternehmers. Einer dieser anonymen Informanten spielte work Betriebsregisterauszüge von drei Manser-Firmen zu. Sie stammen alle vom Oktober 2019 und zeigen: Die Firmen waren insgesamt mit Betriebsforderungen in der Höhe von fast einer Million Franken konfrontiert. Unter den Gläubigern sind neben Privaten auch die Eidgenossenschaft sowie verschiedene Ostschweizer Gemeinden.

ERFOLG TROTZ KONKURS

Die öffentliche Hand könnte auch jetzt wieder in Mitleiden-

schaft gezogen werden. Denn mit seiner Marty Bau befindet sich Manser unterdessen im Konkursverfahren. Wenn aber die Konkursmasse nicht genug hergibt, um die rechtmässigen Forderungen der Entlassenen zu decken, erhalten diese Insolvenzenschuldigungen – mitfinanziert von Bund und Kantonen. Gelohnt hat sich für die Marty-Leute ihr Widerstand so oder so: Zwar verunmög-



BAUARBEITER-DEMO: «Geldschieber Manser! Ohne uns und nicht auf unsere Kosten!»

FOTO: STEPHAN BÖSCH

licht der Konkurs einen Sozialplan, doch die Unia wird die missbräuchliche Massenkündigung einklagen. Damit dürfte sich der Entschädigungsanspruch der Entlassenen erhöhen. Und noch bes-

Viele der Bauarbeiter werden schon bald neue Arbeit haben.

ser: Viele der Bauarbeiter werden schon bald wieder neue Arbeit haben. Dazu Unia-Frau Bašić: «Es haben sich bereits drei Baufirmen bei uns gemeldet, die dringend Leute suchen und die Marty-Leute gerne übernehmen möchten.»

Umstrittener Avec-Shop in Zürich darf sonntags jetzt nicht mehr offen haben Der Sonntag bleibt ein Sonntag

Das Zürcher Verwaltungsgericht pfeift die Stadtregierung zurück: Die Sonntagsbewilligung für den Laden unter der Hardbrücke ist nicht rechters.

CHRISTIAN EGG

«Stadt Zürich schafft den Sonntag ab», titelte work vor gut zwei Jahren ([rebrand.ly/hardplatz](https://www.work.ch/rebrand.ly/hardplatz)). Auf einen Schlag hatte die Stadt gleich an 25 Plätzen und Kreuzungen den Läden erlaubt, am Sonntag die Türen zu öffnen und damit die Verkäuferinnen und Verkäufer auch am letzten freien Tag der Woche zur Arbeit aufzubieten.

Die Stadtregierung befand damals, diese Orte seien «Terminals des öffentlichen Verkehrs», was eine Öffnung am Sonntag erlaube. Als erste hatte der

Detailhandelsriese Valora eine solche Bewilligung bekommen. Für den Avec-Shop unter der Zürcher Hardbrücke. Dagegen ging die Unia juristisch vor. Und hat jetzt Erfolg.

ZERZAUST. Die Stadtregierung hatte argumentiert, dass am Hardplatz 15 747 Passagierinnen und Passagiere im Durchschnitt täglich ein- oder aussteigen.

Von «bedeutenden Passantenströmen» könne keine Rede sein, so das Gericht.

Das mache den Platz zum «Terminal» im Sinne des Gesetzes. Das Gericht zerzaust jetzt diese Begründung, gibt der Unia recht

und hebt die Bewilligung wieder auf.

Denn die Durchschnittszahlen seien nicht relevant, so das Gericht, sondern die Situation am Sonntag. Und die ist ganz anders. Denn während unter der Woche sechs Buslinien am Hardplatz halten, sind es am Sonntag nur drei. Und nur für eine ist der Platz eine Umsteigehaltestelle. Die Behauptung von «bedeutenden Passantenströmen» am Sonntag sei nicht haltbar, so das Gericht.



RUHETAG: Der Avec-Laden unter der Zürcher Hardbrücke hat wohl bald am Sonntag zu. FOTO: ZVG

Noch hat der Avec-Shop am Sonntag geöffnet. Zieht die Valora das Urteil nicht weiter, ist damit in den nächsten Wochen Schluss. Und die Verkäuferinnen und Verkäufer können am Sonntag endlich wieder ausschlafen.



AUCH DAS NOCH! Vor und nach der Arbeit an der Kasse müssen viele Verkäuferinnen Gratisarbeit leisten.

FOTO: KEYSTONE

Detailhandel: Druck, tiefer Lohn und erst noch Gratisarbeit:

Nun packen noch mehr Verkäuferinnen aus

Ungefragt versetzen sie Mitarbeitende in eine andere Filiale und zwingen sie zu Gratisarbeit. Viele Chefs im Verkauf missbrauchen ihre Macht. Ein Unia-Mitglied zeigt: Es geht auch anders.

CHRISTIAN EGG

Ständiger Druck, kein Respekt und Einsatzpläne, die den Druck zusätzlich erhöhen: Davon berichteten zehn Verkäuferinnen im letzten work (siehe Spalte rechts). Darauf haben sich jetzt weitere Mitarbeiterinnen gemeldet. Sie sagen: Nicht nur haben wir einen miesen Lohn, wir müssen sogar gratis arbeiten!

Zum Beispiel Ursina Ingold. Die 26-jährige Verkäuferin hat auf Ende Februar ihren Job bei Denner gekündigt. Die 13-Stunden-Arbeitstage, von 7 bis 20 Uhr, «haben mich schier gelupft», sagt sie. Mit drei Pausen über den Tag verteilt kam sie auf elfeinhalb Stunden bezahlte Arbeit. Doch nach Ladenschluss ging es weiter. Gratis!

Das Aufräumen, Putzen und Umziehen habe im Schnitt fünf bis zehn Minuten gedauert, sagt sie: «Bezahlt wird aber nur bis Ladenschluss.»

ZWEI WOCHEN GRATIS ARBEITEN

Sogar 20 Minuten oder mehr musste Barbara Karrer* jeden Tag gratis arbeiten, als sie im Warenhaus eines Grossverteilers angestellt war. Ihr Ar-

«Ich muss 15 Minuten vor Ladenöffnung bereit sein. Unbezahlt.»

VESNA ILIC, COOP-VERKÄUFERIN

beitsort war die Lebensmittelabteilung im Untergeschoss. Sie rechnet vor: «Um bei Ladenöffnung bereit zu sein, mussten wir bei der Depositen-

kasse im ersten Stock unsere Kassetten mit dem Münz abholen, nach unten gehen und die Kasse aufstarten. Das dauerte fünf bis zehn Minuten.» Bei der Ablösung zur Mittagspause musste sie die Kundschaft, die an der Kasse anstand, noch bedienen – nochmals fünf Minuten. Dito am Feierabend, danach abrechnen und die Geldkassette wieder zurückbringen, wieder fünf bis zehn Minuten.

Einmal hat Karrer beim Chef reklamiert. Doch der warf ihr vor, kleinlich zu sein. «Er sagte: Wir mühten nicht.» Dabei geht es nicht um Minuten, sondern um Wochen: 20 Minuten pro Tag, das sind bei einer Vollzeitstelle rund zwei Wochen pro

«Die Arbeitstage von 13 Stunden haben mich schier gelupft.»

URSINA INGOLD, DENNER-VERKÄUFERIN

Jahr, die Barbara Karrer der Firma schenken musste. Dabei ist die Rechtslage klar: Zur Arbeitszeit gehören «auch alle Tätigkeiten, die am Arbeitsplatz vor der eigentlichen Arbeitshandlung getätigt werden müssen», hält das Seco fest. Auch Karrer hat unterdessen der Branche den Rücken gekehrt. Sie sagt: «Ich hab's nicht mehr ausgehalten.»

Vesna Ilic* arbeitet als Coop-Verkäuferin. Auch sie wird erst bezahlt, wenn der Laden aufgeht. Die 22-jährige sagt: «Es kommt darauf an, wer an dem Tag die Leitung hat.» Bei einigen sei es okay, dass sie an der Kasse stehe, wenn die Ladentür aufgehe. «Andere verlangen, dass ich 10 oder gar 15 Minuten vorher bereit bin. Unbezahlt.»

DIE MACHT DES CHEFS

Das alles zeigt: Die Chefinnen und Chefs vor Ort haben viel Macht. Einige missbrauchen sie. Etwa der Chef von Franziska Weber* (55), die in einer kleinen Coop-Filiale arbeitet: Um ihre vielen Überstunden abzubauen, würde sie gerne ein paar Tage hintereinander freimachen. Aber der Chef erlaubt ihr nur einen halben Tag am Stück. Sie sagt: «Was will ich mit einem halben Tag? Das reicht nicht, um

sich zu erholen.» Seine Lieblinge bevorzuge der Chef dagegen: «Denen gibt er immer drei Tage oder eine ganze Woche am Stück.»

Mitsprache ist für viele Vorgesetzte ein Fremdwort. Coop-Verkäuferin Sandra Schwarz* (47) wurde von ihrem Chef vor ein paar Jahren ungefragt in eine andere Filiale versetzt. Plötzlich war ihr Arbeitsweg doppelt so lang. Im letzten Herbst bekam sie vom stellvertretenden Filialleiter sogar in den Ferien einen Anruf: Sie arbeite nach den Ferien wieder in einer anderen Filiale.

DIE LEUTE NICHT VERHEIZEN

Dass es anders auch geht, zeigt Sandrine Vuichard*. Sie ist Unia-Mitglied und Filialleiterin bei der Unterwäschekette Beldona. Jeden Monat bekommt sie von der Zentrale eine Vorgabe, für wie viele Stunden sie ihr Personal einplanen darf, damit die Verkäuferinnen immer voll ausgelastet sind. Aber sie wolle ihre Leute nicht auslaugen, sagt Vuichard: «Meist liege ich 50 bis 70 Stunden über der Vorgabe. Klar, das gibt vielleicht einen Rüffel. Aber ich bin noch nie entlassen worden.»

Wenn eine Verkäuferin krank wird, muss Vuichard Ersatz suchen. «Aber wenn eine Mitarbeiterin Nein sagt, ist das ein Nein.» Dann stehe halt einen Tag lang nur eine Verkäuferin im Laden, statt zwei. Vuichard: «Davon geht die Welt nicht unter.»

UNIA-UMFRAGE

FÜR BESSERE WEITERBILDUNG

Der Detailhandel ist im Umbruch, die Aufgaben werden digitaler und komplexer. Da ist Weiterbildung wichtig. Was unternehmen Firmen, damit ihre Mitarbeitenden à jour bleiben? Und welche Bedürfnisse haben die Verkäuferinnen und Verkäufer? Die Unia will ein Pilotprojekt entwickeln und lanciert dazu eine Umfrage. Teilnehmen dürfen alle, die im Verkauf tätig sind. (che)

findmind.ch/c/Bildungimverkauf

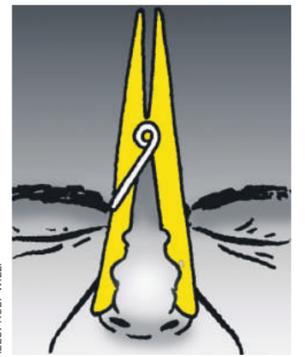


work-Extra: Die Krise im Verkauf

Im letzten work berichteten wir auf 6 Extra-Seiten über den Notstand im Detailhandel (rebrand.ly/krise-verkauf). 10 Verkäuferinnen von Aldi bis Migros packten aus: Sie sind am Limit, weil die Chefs «Stunden sparen». Diese Überlastung ist gewollt, wie die grosse work-Umfrage zeigt. Mit Computer-Algorithmen holen die Grossverteiler aus ihrem Personal ständig den maximalen Profit heraus, bei minimalen Kosten. Reserven sind nirgends eingeplant. Wird eine Mitarbeiterin krank, gerät das ganze System ins Wanken. Da gibt es schon mal Chefinnen, die befehlen: «Nehmen Sie doch ein paar Dalfalgan!»

IRRSINN. So sei denn auch der zu knapp kalkulierte Personaleinsatz eines der Hauptthemen im Detailhandel, sagte Unia-Chefin Vania Alleva im work-Interview. Und erklärt die Krise: «Dieser Markt ist gesättigt.» Wachstum sei nur noch über die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten oder durch zusätzliche Verkaufsflächen möglich. Tatsächlich weitete sich der Ladenöffnungs-Irrsinn seit den 1960er Jahren von Osten her stetig aus, wie die work-Chronik erstmals zeigt. Obwohl die Gewerkschaften und die Schweizer Stimmbewölkerung immer wieder Nein sagten. Denn: die Zeche bezahlen und bezahlen die Mitarbeitenden. Deshalb fordert Unia-Chefin Alleva jetzt den überfälligen Branchen-GAV.

GRÖSSENWAHN. Zusätzlich bedrängen Digitalisierung und Onlinehandlersondern wie Amazon und Zalando die Branche. Auch Gewerkschaftsfeinde wie der österreichische Möbelkonzern XXXLutz oder der Globus-Käufer René Benko werden in der Schweiz aktiv. Die grosse work-Recherche zeigt: Der vorbestrafte Gewerkschaftsfeind Benko erwirbt mit seiner Signa-Gruppe europaweit traditionelle Warenhauskonzerne – wenn sie über stattlichen Immobilienbesitz verfügen. Diese Immobilien interessieren Benko weit mehr als die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden. (asz)



ILLU: ROLF WILLI

Die Briefträgerin & die Gerüche

Zu Beginn ihrer Karriere bei der Post erhielt die Briefträgerin von ihrem damaligen Teamboss einen «Götti» zugeeignet, der sich ihrer vielen Fragen annehmen sollte.



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Der Göttli führte die Briefträgerin in die Schönheiten, Tücken und Geheimnisse des Berufes ein. Abgesehen von seiner ausgeprägten Leistungsorientierung war er ein tippotter Lehrmeister. Von ihm lernte die Briefträgerin viel. Auch wie es früher gewesen war und wie es vermutlich herauskommen würde mit der Brieftragerei.

MAGENKNURREN. Gegen Mittag, als sie zusammen den Häusern entlang fuhren, sprach er aus, was die Briefträgerin halb unbewusst selber wahrnahm: «Das ist die schwierigste Tageszeit für das

Es gibt auch den Gestank, der aus den Waschküchen wabert. Waschmittel und Weichspüler.

Zustellpersonal. Weil dann aus allen Fenstern Essensgerüche strömen.» In der Tat: Die Mägen der Gelben steigern ihr Knurren, wenn es von überall her nach Rösti, Eintopf, Gemüsecurry, Gebratenem und Gesottenem duftet, nach italienischen Kräutermischungen oder Kreuzkümmel.

Doch Wohlgeruch ist nicht das einzige, was der Briefträgerin unterwegs in die Nase sticht. Es gibt auch den Gestank, der aus den Waschküchen wabert. Waschmittel und Weichspüler. «Frischer Frühling», «Blumenwiese» – an solches denkt die Briefträgerin nur, weil sie die Werbung kennt. Ihre Geruchsnerve lösen ganz andere Assoziationen aus.

Kürzlich traf sie den Monteur in der Waschküche an. Während seiner Ausführungen zum richtigen Umgang mit den Maschinen riet er vom Gebrauch von Weichspülern ab. Diese könnten zur Vergrauung der Waschmaschine führen. Zudem würden sie aus Schlachtabfällen hergestellt. Aus Schlachtabfällen?! «Wenn das kein fake ist! Es ist einer!»

*Namen geändert

Pflegerinnen in Österreich Streik für 35- Stunden-Woche

Die österreichischen Gewerkschaften überraschen derzeit gleich mehrfach: Sie streiken im privaten Gesundheits- und Sozialbereich, und zwar für die Einführung der 35-Stunden-Woche. Und die Tausende von Streikenden sind mehrheitlich junge Pflegerinnen. Wie kommt das?



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Die Probleme in den österreichischen Pflege- und Sozialinstitutionen sind ähnlich wie jene in der Schweiz: Der Arbeitsdruck steigt, und die Löhne in der Pflege sind schlecht. Viele Berufleute steigen deshalb vorzeitig aus. Zwei von drei Pflegenden können sich nämlich nicht vorstellen, bis zur Pensionierung in ihrem Beruf zu bleiben. Viele senken ihr Pensum, obwohl das Einkommen dann ebenfalls sinkt: 70 Prozent arbeiten Teilzeit. Und die Zahl der krankheitsbedingten Absenzen ist hoch. Die Folge: Es können nicht mehr alle Stellen besetzt werden. Der Druck steigt zusätzlich – ein Teufelskreis.

TEUFELSKREIS. Da raus führt nur die 35-Stunden-Woche. Davon waren die Vertrauensleute der beiden Gewerkschaften GPA-djp und Vida überzeugt. Als die Erneuerung des Kollektivvertrags für den privaten Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich anstand, stellten sie deshalb nur diese einzige Forderung: Die Arbeitszeit für eine Vollzeitstelle, die heute bei 38 Stunden liegt, soll um drei Stunden verkürzt werden. Und dies ohne Lohnverlust. Für Teilzeitarbeitende, die ihre bisherige Stundenzahl behalten würden, brächte dies eine Lohnerhöhung von 8,6 Prozent.

Seit Wochen verhandeln die Sozialpartner nun schon den neuen Kollektivvertrag, der für 125.000 Beschäftigte gilt. Aber die Arbeitgeber drücken auf Flexibilisierung, auf Arbeitswochen von bis über 60 Stunden. Die Bedeutung dieses österreichischen Arbeitskampfes ist deshalb riesig. Die streikenden Pflegenden sind die Vorkämpferinnen für eine Trendwende auch anderswo. Die GPA-djp ist die österreichische Schwesergewerkschaft der Unia. Und ihre Chefin Barbara Teiber sagt es so: «Was wir im Pflege- und Sozialbereich schaffen, hat Signalwirkung für alle Branchen.»

SIGNALWIRKUNG. Mit der Arbeitszeitverkürzung kamen wir Gewerkschaften in den letzten Jahren nicht voran. Im Gegenteil: Die Arbeitgeber drücken auf Flexibilisierung, auf Arbeitswochen von bis über 60 Stunden. Die Bedeutung dieses österreichischen Arbeitskampfes ist deshalb riesig. Die streikenden Pflegenden sind die Vorkämpferinnen für eine Trendwende auch anderswo. Die GPA-djp ist die österreichische Schwesergewerkschaft der Unia. Und ihre Chefin Barbara Teiber sagt es so: «Was wir im Pflege- und Sozialbereich schaffen, hat Signalwirkung für alle Branchen.»

work korrekt: In der letzten Kolumne zu Finnland hatte sich ein Fehler eingeschlichen: Neben der Ministerpräsidentin sind dort weitere elf Mitglieder der Regierung Frauen und nicht nur vier.



Gefährlich: Termin- druck auf dem Bau

Die Unia hat im Sommer und Herbst 2019 eine grosse Umfrage über Stress und Termin- druck auf dem Bau durchgeführt. Jetzt sind die alarmierenden Resultate online:

www.unia.ch/termindruck

Nach dem Attentat im westdeutschen Hanau:

Deutschland hat schon lange ein Mordsproblem

Schon wieder hat ein rechter Gewalttäter in Deutschland zugeschlagen. Aus rassistischem Hass heraus. Diesen bewirtschaftet besonders die Rechtsausenpartei Alternative für Deutschland (AfD). Und punktet auch bei den Lohnabhängigen. Doch was hat sie ihnen zu bieten?

JONAS KOMPOSCH

Deutschlands Mordsproblem kommt von rechts. Schon 199 Menschenleben waren seit 1990 durch rechte Gewalttäter ausgelöscht worden. Nun sind mit dem Mörder im westdeutschen Hanau 10 weitere Todesopfer hinzugekommen. Ein 43-jähriger Bankkaufmann hatte vergangene Woche zwei Bars gestürmt, in denen sich vor allem Migrantinnen und

Auf der einen Seite stehen in der AfD die Ultra-Deregulierer ...

Migranten treffen, und auf ihre Gäste geschossen. Vorher hatte er im Internet seine rassistischen Vernichtungsphantasien veröffentlicht. Bloss vier Monate zuvor war im ostdeutschen Halle bereits ein gescheiterter Bundeswehrosoldat Amok gelaufen. Schwerbewaffnet attackierte er eine Synagoge und tötete zwei Menschen. Und schon im Juni 2019 erschoss ein langjähriger Neonazi den Kasseler CDU-Bürgermeister Walther Lübcke vor seiner Haustür.

FÜR DEN «KLEINEN MANN»?

Keines dieser Verbrechen ist aus heiterem Himmel gekommen. Antrieb war immer abgrundtiefer Hass. Ein Gefühl, das sich vorzüglich für politische Zwecke instrumentalisiert lässt. Aktuell am schamlosesten von der AfD, der selbsternannten Alternative für Deutschland. Von jener Partei also, deren adelige Bundessprecherin, Beatrix von Storch, geflüchtete Frauen und Kinder «mit Waffengewalt» von der deutschen Grenze fernhalten will. Jener Partei auch, deren berühmtestes Aushängeschild, der Thüringer Parteiführer Björn Höcke, ein guter Bekannter von Thorsten Heise ist, dem mächtigsten Draht-



BRAUNER SUMPF: CDU-Mann Mike Mohring und FDP-Politiker Thomas Kemmerich halten den zum Hitlergruss erhobenen Arm von Thüringens AfD-Parteichef Björn Höcke. Mit der Hilfe der CDU und der AfD wurde Kemmerich in Thüringen ins Amt des Ministerpräsidenten gehievt und ist jetzt Karneval-Sujet in Düsseldorf. FOTO: KEYSTONE

zieher der militanten Neonaziszene Deutschlands. Bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen, Brandenburg und Sachsen im letzten Herbst konnte die AfD, die als Anti-EU-Partei gegründet wurde, erdrutschartige Siege mit Zugewinnen von 11 bis 18 Prozent verzeichnen. Damit mauserte sich die erst siebenjährige Partei zur zweitstärksten des Ostens. Äusserst hohe Resultate erzielten «die Blauen» in ländlichen Gebieten, bei Erwerbslosen und bei Männern jugendlichen und mittleren Alters. Frauen, Städterinnen und Städter sowie Übersechzigjährige lehnten die Partei hingegen eher ab.

Besonders aufhorchen liess ein Befund der Forschungsgruppe Wahlen des ZDF: Bei Wählenden, die sich selbst als «Arbeiter» verstehen, verfiel die rechte Propaganda besonders gut. Von diesem Wählersegment erhielt die AfD in Brandenburg und Sachsen 35 Prozent der Stimmen – mehr als jede andere Partei. Und in Thüringen lag die AfD mit 29 Prozent der Arbei-

terstimmen nur ein Prozent hinter der erstplatzierten Linkspartei.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schlug Alarm. Zumal er feststellen musste, dass bei den ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern die Rechtsextremen kaum schlechter abschnitten als

... der völkisch-nationalistische Flügel auf der anderen Seite.

bei der Gesamtbevölkerung. In Sachsen sogar besser! Kein Wunder, erklärten sich die siegestrunkenen Rechten sofort zur neuen «Partei des kleinen Mannes». Doch was hat sie den Lohnabhängigen zu bieten?

DOPPELGLAISIG

In der Sozial- und Wirtschaftspolitik ist die AfD maximal zerstritten. Auf der einen Seite stehen die Ultra-Deregulierer, die möglichst alles dem freien Markt überlassen wollen. Konkret: mehr Privatisierungen, weniger gesetzliche Vorschriften für Unternehmen, ge-

lockertes Arbeitsrecht und ein völlig schrankenloser internationaler Handel. Zudem Steuern senken oder ganz abschaffen (Erb- schaft- und Vermögenssteuer). Das Bankgeheimnis, mit dem bis 2017 Steuerhinterziehungen einfach möglich waren, dafür wieder einführen.

Auf der anderen Seite steht der völkisch-nationalistische Parteiflügel, der auch regulierende Staatseingriffe befürwortet – jedoch mit der Bedingung, dass davon ausschliesslich die «deutsche Volksgemeinschaft» profitiere. So sollen Ausländer keine Kinderzulagen mehr erhalten, dafür aber höhere Rentenbeiträge zahlen als Deutsche. Bereits durchgesetzt haben sich die Völkischen bei der gewerkschaftlichen Errungenschaft des Mindestlohns. Den unterstützt nach langem Hin und Her nun auch die AfD. Zumindest auf dem Papier. Denn Kontrollen, die einen Mindestlohn erst durchsetzen und garantieren, lehnt die selbsternannte «Arbeiterpartei» vehement ab. Und zwar Marktradikale und Völkische gleichermassen.

Gewerkschaftsbund zerpfückt AfD: «Rechte Privilegienpartei»

Lange träumten neoliberale Professoren und rechtskonservative Abtrünnige der FDP in Deutschland von einer eurokritischen Wirtschaftspartei. Dann kam das Wahljahr 2013, und sie gründeten die Alter-

Die AfD sorgt dafür, dass «kleine Leute» klein bleiben.

native für Deutschland (AfD). Sieben Jahre und unzählige Machtkämpfe und Parteiausschlüsse später ist aus der AfD eine rechtsextreme Partei geworden. Und sie radikalisiert

sich immer weiter, reihenweise altgediente Neonazis finden in ihr eine neue Heimat – und neue Aufgaben. Die Marktradikalen sind aber keineswegs verschwunden, sondern prägen die Partei noch immer wesentlich. Darum liest sich das Parteiprogramm fast wie ein Leitfaden für Deregulierung und Sozialabbau. Doch gleichzeitig pöppelt die AfD eigene «Gewerkschaften» auf und behauptet, sie sei die «Partei der kleinen Leute».

VERNICHTEND. Nun hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) diesen Anspruch genau

unter die Lupe genommen. Sein Fazit ist vernichtend: Die AfD sei eine «radikal rechte Privilegienpartei», die einzig dafür Sorge, «dass die «kleinen Leute» klein bleiben». Dies und mehr zeigt der DGB auf gerade einmal 10 Seiten – in einer handlichen Broschüre mit schlagenden Argumenten für die alltäglichen Diskussionen im Betrieb oder am Stammtisch. (jok)

Eine «Arbeiterpartei für Deutsche»? Der Sozialpopulismus der AfD. Broschüre, herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im Juli 2019. rebrand.ly/DGB-AFD



KATJA BARTHOLD: «Die AfD wird die Rechte der Arbeitenden nicht verteidigen.» FOTO: TAZ



IG-Metall-Gewerkschafts-Sekretärin Katja Barthold:

«Die AfD klaut uns sogar die Slogans!»

Auch im ostdeutschen Bundesland Thüringen legt die Rechtsaußenpartei Alternative für Deutschland (AfD) zu. Wie arbeitet dort die linke IG-Metall-Frau Katja Barthold?

JONAS KOMPOSCH

Sie kommt aus «Karl-Marx-Stadt», dem heutigen Chemnitz, und arbeitet in Thüringen: IG-Metall-Gewerkschafterin Katja Barthold (36). Eigentlich hätte sie Journalistin werden wollen. Doch dann studierte sie Soziologie. An der Uni war sie Chefredaktorin der Studierenden-Zeitung. Und engagierte sich für Geflüchtete. In der antifaschistischen Bewegung, der Antifa. Doch irgendwann merkte sie, dass sie viel zu «prollig» ist für diese Linken. Zu proletarisch. Sie ging zur Gewerkschaft und erlebt nun in den Betrieben das Umgekehrte: «Gefühlt bin ich Stahlarbeiter, aber in den Betrieben sind die Studierenden fast schon die Gegner», erzählt sie. Weil es die Búezerinnen und Búezer «einfach noch nie erlebt haben, dass jemand seine Bildung nutzt, um etwas für sie zu tun.» Doch genau das tut Barthold. Mit Wertschätzung. So mache es auch die Rechtspartei AfD. Barthold: «Die sagen nicht: Wir sind ausländerfeindlich, kommt mal alle her. Sie sagen: Wir sind für euch da.» So habe es die AfD geschafft: «Mit der Wertschätzung, die sie von uns akademischen Linken nie bekommen haben.»

work: Katja Barthold, wie hoch ist der Ausländerinnen- und Ausländeranteil in Thüringen?

Katja Barthold: Nicht einmal 5 Prozent!

Am 15. Februar rief die IG Metall zu einer Grosskundgebung in Erfurt auf – um den Rücktritt von Thüringens FDP-Ministerpräsident Thomas Kemmerich zu fordern. Dieser war auch mit den Stimmen der fremdenfeindlichen AfD gewählt worden. Wieso mischte sich die IG Metall da ein?

Gerade in Thüringen positioniert sich die AfD am äussersten Rand der radikalen Rechten. So was geht also gar nicht. Schon einmal hat eine bürgerlich-völkische Mehrheit in Thüringen den Nazis den Weg zur Macht geebnet. Das war 1932. Diese Geschichte darf sich nicht wiederholen. Es kamen übrigens unglaublich viele Leute an die Demo, an die 18 000. Etwa ein Drittel davon waren Gewerkschafter und Kolleginnen aus den Betrieben.

Und hatte die Demo Erfolg?

Ja, eine riesige Protestwelle hat Kemmerich zum Rücktritt gezwungen!

Auch Gewerkschafter wählen AfD.

Gewisse Studien sagen, sogar überdurchschnittlich oft.

Es gibt auch gegenteilige Studien. Aber klar, Gewerkschaften sind ja auch ein Abbild der Gesellschaft.

Und wie reagieren Sie, wenn Sie AfD-Anhängern im Betrieb begegnen?

Ich mach da ja nicht primär Aufklärungsarbeit, sondern Gewerkschaftsarbeit. Ich stehe nicht vor die Belegschaften hin und sage:

«Moralisieren allein bringt nichts.»

IG-METALLERIN KATJA BARTHOLD

Was sind eure Ängste, was die Ziele? Man muss kollektiv diskutieren und sich dann gemeinsam ein ganz konkretes Ziel stecken. Dieser Prozess schafft Gemeinschaft und ermutigt gegenseitig. Darauf kann man dann aufbauen. Moralisieren allein bringt nichts.

Was sagen Sie zum Beispiel, wenn einer kommt und meint: «Die Ausländer nehmen uns den Job weg!»

Ja, dann frage ich, ob er ein Beispiel habe. Und wenn er dann etwa mit einer Stellenstreichung kommt, frage ich zurück, warum es dazu gekommen sei. Und schon sind wir bei ganz anderen Themen: bei Sparprogrammen oder Reorganisierung. Oder, wenn eine kommt und meint, Ausländer sollten weniger verdienen als Deutsche. Dann reden wir auch darüber. Wozu das

führen würde. Wem das am Ende schadet und so weiter. Dieses «die Ausländer sind schuld», kommt oft. Und unser stärkstes Argument dagegen ist immer die Frage: Woher kommen denn unsere Arbeitnehmerrechte? Der Mindestlohn? Die Ferien? Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall? Die Renten? Wer hat diese Rechte erkämpft? Und dann sind wir schnell bei der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften. Und eben nicht bei der AfD.

Die AfD positioniert sich doch aber als Arbeiterpartei ...

... das stimmt. Ihr Slogan bei den Landtagswahlen im letzten Herbst war ja «Vollende die Wende!» Damit knüpft die Partei an die Frustration und an die Arbeiterkämpfe gegen Werkschliessungen in der Wendezeit nach 1990 an. Denn diese Kämpfe gingen oft verloren und ganze Industrien ebenfalls. Auf der Suche nach neuer Arbeit zogen schliesslich auch viele Leute weg. Diese Verluste Erfahrung sitzt noch immer tief in den Köpfen. Und auch die Erfahrung mit den neuen Unternehmern aus dem Westen. Die kamen und sagten: «So, jetzt lernt ihr mal richtig zu arbeiten!»

Von den Wendeverlierern leiden viele unter Verdrossenheit, sie haben keinen Antrieb, überhaupt wieder aufzustehen. Das versucht die AfD auszunutzen. Doch die Ironie daran ist: Fast alle AfD-Führer sind aus dem Westen.

Und was bietet die AfD den Arbeiterinnen und Arbeitern politisch konkret an?

Allerlei schöne Worte. Dabei schielen sie oft nach links. Sie haben uns sogar einen Slogan geklaut: «Im Osten geht die Sonne auf!» Damit hatte die IG Metall für die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie gekämpft. Aber wenn man das Abstimmungsverhalten der AfD-Exponenten in den Parlamenten beobachtet, wird klar: Die Partei würde am liebsten den Kündigungsschutz kappen und ebenso die Mitwirkungsrechte im Betrieb. Und dann noch die Rente privatisieren. Deshalb sage ich den Leuten in den Betrieben auch immer: «Die AfD, die wird eure Rechte nicht verteidigen.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE KINDER VON MORIA

Der Sturm rast durch die Ägäis. Auf der Insel Lesbos steht das Flüchtlingslager von Moria, das grösste Europas. Sein Boden ist zu Sumpf geworden. Nahe dem scharf bewachten Eingangstor, hinter einer dreifachen Reihe von Nato-Stacheldraht, spielen zwei kleine, sichtlich unterernährte Jungen mit einer Kugel aus Stoffresten Fussball. Sie sind neun oder zehn Jahre alt, haben struppiges, schwarzes

Die beiden kleinen Fussballer könnten morgen früh gerettet werden.

Haar und grosse, dunkle Augen. Beide spielen mit blossen Füssen

und sind über und über mit Schlamm bespritzt. Mein Begleiter in Moria ist der Uno-Flüchtlingsdelegierte Patrice Mansour. Er spricht Arabisch und kennt die Jungen.

UNBEGLEITET, SCHUTZLOS. Die beiden sind seit drei Jahren Gefangene in dem Lager. Sie leben eingepfercht in einem Gemeinschaftszelt. Die Nahrung ist ungenügend und oft ungeniessbar. Eine Schule gibt es nicht. Die hygienischen Verhältnisse sind fürchterlich: eine meist verstopfte, stinkende Toilette für 100 Personen, eine kalte Dusche für 150 Menschen. Der ältere Junge hat Krätze, eine infektiöse Hautkrankheit. Beide stammen aus Syrien. Der Jüngere ist der einzige Überlebende einer palästinensischen Familie, die im Flüchtlingslager Yarmuk bei Damaskus lebte. Russische Splitterbomben haben seine Mutter, seinen Vater, seine beiden Schwestern und seinen Bruder getötet. Der Ältere hat die Ruinen seiner Strasse in Aleppo mit den letzten Überlebenden verlassen. Seine Eltern blieben unter ihrem Haus begraben.

Die Jungen sind «unbegleitete Flüchtlingskinder». Für sie gibt es seit 1989 eine Uno-Konvention «zum Schutz der Kinderrechte». Im Gemeinschaftszelt sind die Kinder schutzlos kriminellen Erwachsenen ausgeliefert. Die Konvention ist ein Hohn. In den fünf Auffangslagern auf den Ägäischen Inseln sind 34 000 Menschen aus 58 Ländern teilweise schon seit vier Jahren wie Tiere eingeschlossen. Daran wird sich auch mit den von der griechischen Regierung geplanten neuen Lagern absehbar nichts ändern. Etwa 9 000 dieser Flüchtlinge sind Kinder unter fünfzehn Jahren, darunter fast 3 000 unbegleitete Minderjährige.

UNBARMHERZIGER BUNDESRAT. Februar 2020. Die Schweizer Sektion von Amnesty International verlangt in einer Petition, dass die Schweiz sofort mindestens 200 unbegleitete Flüchtlingskinder aus Moria aufnehme. Die Uno-Flüchtlingskonvention von 1951 – unterschrieben und ratifiziert auch von der Schweiz – sieht die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten ohne individuelle Asylanfrage vor. Die beiden kleinen Fussballer, die so sehr meinem Enkel Karim gleichen, könnten morgen früh gerettet werden.

Die Eidgenossenschaft hat mit Staatssekretär Mario Gattiker einen hervorragenden, klugen Flüchtlingsbeauftragten. Das Problem ist die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates und ihre oft unbarmherzige Politik zur Abwehr von Flüchtlingen.

Die Schweiz ist eine Demokratie, in der das Volk nicht ohnmächtig ist. Wir müssen aufstehen und den Druck auf den Bundesrat organisieren. Damit er die Amnesty-Petition verwirklicht und wenigstens 200 Kinder aus der Hölle von Moria befreit.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

8. März: Frauentag
Wo läuft was?
Die work-Tipps

BERN: WORKSHOP SEXISMUS AM ARBEITSPLATZ

Sexistische Kommentare und Witze gehören immer noch zum Alltag. Und gerade im Berufsleben ist es oft schwierig, auf Sprüche und Übergriffe zu reagieren. Die Unia-Frauen laden deshalb ein zu einem Workshop. Das Ziel: konkrete Erfahrungen analysieren, individuelle Gegenreaktionen überlegen und Strategien entwickeln, um Sexismus im Betrieb zu thematisieren.
7. März, 11 Uhr, Progr

BERN: FEMINISTISCHES AKTIONSWOCHENENDE

In der Hauptstadt steigen von Freitag bis Sonntag über 20 Veranstaltungen zum Frauentag. Darunter eine wilde Eröffnungsparty, einschlägige Kinoabende, eine Ausstellung zu «sexueller Gewalt und Consent» sowie eine Aktion auf dem Bundesplatz.
Mehr Infos auf rebrand.ly/8maerzbern

CHUR: WIRTSCHAFT IST CARE!

Die Frauenzentrale Graubünden organisiert eine Tagung zum Thema Sorgearbeit und Wirtschaft. Mit Brunch, Referaten, Musik und einem Rückblick auf die Highlights vom Frauentag 2019.
8. März, ab 10 Uhr, ibW Höhere Fachschule, rebrand.ly/8maerzchur

ST. GALLEN: FILM UND KUNST

Für Frauen ist am 8. März der Eintritt ins Kunstmuseum frei, und einen Gratskafi dazu gibt's im Kulturtempel Lokremise, wo im haus-eigenen «Kinok» fünf starke Filme zum Frauentag laufen.
Details auf rebrand.ly/8maerzstgallen

KREUZLINGEN: FILM-MATINÉE

Das Kulturzentrum Kult-X lädt zur feministischen Matinée mit zwei Filmen aus Senegal.
8. März, ab 11 Uhr, Kult-X, www.kult-x.ch

AARAU: FRAUEN-STADTFÜHRUNG

Eine historische Spezial-Stadtführung geht auf den Pfaden der industriellen Revolution und zeigt, was diese für die Frauen bedeutete.
8. März, 11 bis 12.15 Uhr, Treffpunkt: aarau info, rebrand.ly/8maerzaarau

BASEL: FEMINIST FUTURES

Unter dem Titel «Feminist Futures» organisiert das lokale Frauenstreikkollektiv in der Kaserne Basel ein Wochenende voller Vorträge, Diskussionen und mit einer Party.
7. und 8. März, Kaserne Basel, rebrand.ly/8maerzbasel

ZÜRICH: DEMO

Seit 1990 ruft das Frauenbündnis Zürich alljährlich zur Frauendemo auf. Traditionellerweise verzichtet das Bündnis dabei auf die Einholung einer Bewilligung.
7. März, 13.30 Uhr, Frauendemo, Hechtplatz, rebrand.ly/8maerzuerich

WINTERTHUR: FEURIGE PLATZ-VERSAMMLUNG

Das lokale Frauenstreikkollektiv ruft zu einer abendlichen Platzversammlung auf. Für wärmende Feuertonnen wird gesorgt.
8. März, 17 Uhr, Neumarkt, rebrand.ly/8maerzwinti

VISP: UNIA-BRUNCH

Die Unia Oberwallis lädt alle Frauen mit ihren Familien zum gemütlichen Sonntagsbrunch.
8. März, ab 10.30 Uhr, rebrand.ly/8maerzvisp

BIEL: FLASHMOB

Das lokale Frauenstreikkollektiv ruft zu einem bunten Flashmob auf.
8. März, 13 Uhr, Bahnhofplatz, rebrand.ly/8maerzbiel

ZUG: KREATIVER TAG

Neun Zugerinnen im Alter von 14 bis 55 Jahren laden zum kreativen Frauentag. Musizieren, Theater und Basteln ist angesagt!
13 bis 20 Uhr, Jugendanimation Zug, www.jaz-zug.ch

Nancy Fraser stellt den Feminismus (und die Linke) vom Kopf auf die Füße

Der Feminismus der 99 Prozent

Aus einem neuen, sozialen und ökologischen Feminismus soll die Renaissance der Linken wachsen.

OLIVER FAHRNI

Die lila Welle rollte an, und dann brachten der erfolgreiche Frauenstreik und die eidgenössischen Wahlen von Oktober 2019 den Beweis: In die Gleichstellung von Frau und Mann ist neue Dynamik gekommen.

Gleichstellung ist, das wird immer klarer, keine Frauenfrage, sondern die Antwort auf das Problem, ob wir unsere Gesellschaft entlang von Geschlechtergrenzen organisieren wollen (die immer fließender werden).

Wie aber steht diese Gleichstellung zur sozialen Krise, zur wachsenden Ungleichheit von Vermögen und Einkommen, zum neuen Nationalismus und zum Klimakollaps?

Ein Teil der Feministinnen hält es mit der These, die Facebook-Managerin Sheryl Sandberg Anfang 2018 so formulierte: «Wir wären in einer weitaus besseren Lage, wenn die Hälfte aller Länder und Konzerne von Frauen, die Hälfte aller Haushalte von Männern geführt würden.» Mit «wir» meint sie nicht die Frauen, sondern den Zustand der Welt. Sandberg, die zuvor als Stabschefin von US-Finanzminister Larry

«Manche begreifen den Feminismus als Magd des Kapitalismus.»

NANCY FRASER

Summers die Finanzmärkte entfesselt hatte, fordert die Frauen auf, in den Konzernen und in der Politik aufzusteigen. Das sei der «Königsweg». «Lean in», «Kniet euch rein», titelte sie ihr Buch.

RADIKAL VERSCHIEDEN

Kurz nach Erscheinen von «Lean in» lähmte ein militanter Frauenstreik Spanien. Auf der ganzen Welt gingen am 8. März Millionen Frauen auf die Strasse. Die Spanierinnen schrieben: «Wir wollen eine Gesellschaft ohne sexistische Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt [...] Wir stehen für die Rebellion gegen jenes Bündnis von Patriarchat und Kapitalismus, das uns ge-



FEMINISTISCHE REVOLUTION: «Das Patriarchat macht uns Brechreiz.» Demo am 8. März in Madrid, Spanien. FOTO: ALAMY

horsam, fügsam und still sehen will.» In diesen gegensätzlichen Stimmen, dort Sandberg, hier Spaniens Frauenstreikende, erkennt Nancy Fraser, die bekannte US-Feministin, Philosophin und Sozialwissenschaftlerin, die zwei radikal verschiedenen Wege des Feminismus. Mit ihren Mitstreiterinnen, der italienischen Philosophieprofessorin Cinzia Arruzza und der indischen Historikerin Tithi Bhattacharya, kontert sie die Facebook-Managerin scharf: «Sandberg und ihresgleichen begreifen den Feminismus als Magd des Kapitalismus.»

Der gängige neoliberale Feminismus, schreiben die drei Autorinnen in ihrem Buch «Feminismus für die 99 Prozent», sei «die erstaunliche Vision einer auf Chancengleichheit beruhenden Herrschaft, die gewöhnliche Menschen im Namen des Feminismus aufruft, sich dankbar zu zeigen dafür, dass eine Frau und kein Mann ihre Ge-

werschaft zerschlägt, einer Drohne den Befehl erteilt, die Mutter oder den Vater zu töten, oder das Kind an der Grenze in einen Käfig sperrt.»

ZURÜCKSCHLAGEN

In elf leichtverständlich geschriebenen Thesen entfalten Fraser, Arruzza und Bhattacharya eine «antikapitalistische Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit, die über die aktuelle Krise hinaus- und in eine neue Gesellschaft führt».

Ihr Manifest in einem Satz verdichtet: Unter den bestehenden Verhältnissen kann es keine echte Gleichstellung geben. Sich «reinknien»? «Nein, zurückschlagen!» Denn der Kapitalismus ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern ein Gesellschaftssystem. Nancy Fraser sagt: «Der Feminismus kann nicht das Ziel haben, privilegierten Frauen die gleichen Rechte wie den Männern ihrer Klasse zu sichern.»

In einem Aufsatz mit dem provokativen Titel «Für eine neue Linke. Das Ende des progressiven Neoliberalismus» hatte Fraser schon Ende 2016 den Wahlsieg Donald Trumps und die unerwartete Niederlage von Hillary Clinton analysiert. Viele US-Wählerinnen hatten Clinton ihre Stimme versagt. Nicht ohne Grund: Sie verkörpere die wachsende Kluft zwischen der Besetzung hoher Ämter durch Frauen aus der Elite und der Verschlechterung der Lebensumstände der Mehrheit, schrieb die Philosophin. Die Linke habe sich mit Geschlechter- und Minderheitenpolitik in die Ecke manövriert.

Doch im neuen, sozialen und ökologischen Feminismus sieht Fraser eine wesentliche Triebkraft für die Renaissance einer starken Linken. Migration, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Ökologie: alles feministische Themen.

Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser: **Feminismus für die 99 Prozent.** Ein Manifest. Mathes & Seitz, Berlin 2019. E-Book CHF 12.–, Buch CHF 19.90



workxl der wirtschaft

David Gallusser



MINDESTLOHN IM KANTON NEUENBURG: EIN ERFOLG!

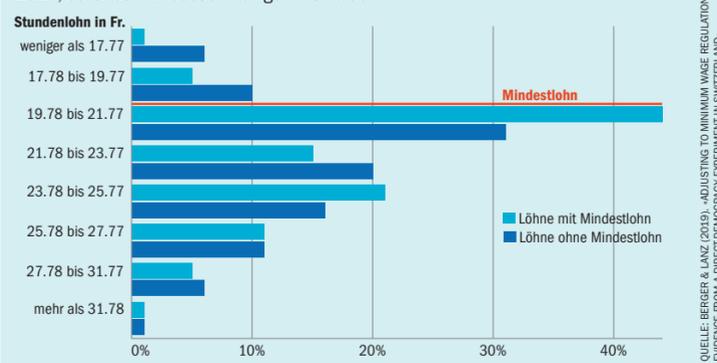
Das Schüren der Angst vor Mindestlöhnen ist gross. Arbeitgeber und konservative Ökonomen lassen keine Gelegenheiten aus, um vor steigender Arbeitslosigkeit durch Mindestlöhne zu warnen. In Realität haben Mindestlöhne aber kaum Auswirkungen auf die Beschäftigung. Das gilt auch für den Kanton Neuenburg. Das Stimmvolk hatte dort 2013 einen Mindestlohn beschlossen, der in der Höhe von 19.78 Franken pro Stunde im Januar 2018 endlich eingeführt wurde – nachdem das Bundesgericht einen Rekurs aus Arbeitgeberkreisen zurückgewiesen hatte.

HÖHERE LÖHNE. Der Neuenburger Mindestlohn tat vor allem eines: Er erhöhte die Tieflöhne. Das zeigt eine Studie der Universität Neuenburg, die für die Gastronomie die tatsächlichen Löhne mit den Löhnen verglich, die ohne den Mindestlohn bezahlt worden wären. Die Autoren nehmen an, dass sich die Löhne in den Neuenburger Restaurants ohne Mindestlohn wie in den

Gastrobetrieben direkt an der Grenze in Bern, Freiburg, Waadt und im Jura entwickelt hätten. In den Nachbarantonen gab es 2018 nämlich keine Lohnuntergrenze. Der Jura hat das in der Zwischenzeit geändert und auf den 1. Februar 2020 einen Mindestlohn von 20 Franken eingeführt.

WENIGER LOHNDRUCK. Der Vergleich zeigt: Dank dem Mindestlohn ist bis im Sommer 2018 der Anteil der Beschäftigten mit Löhnen unter 19.78 Franken gesunken und der Anteil der Beschäftigten mit Löhnen gleich über dem Minimum gestiegen (siehe Grafik). Auch Beschäftigte, die bereits mehr als 19.78 Franken verdienen, erhielten Lohnerhöhungen. So gibt es dank dem Mindestlohn mehr Beschäftigte mit 23.78 bis 25.77 Franken pro Stunde. Im Gegensatz zu den Löhnen ist die Arbeitslosigkeit nicht gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten blieb fast unverändert. Mindestlöhne führen meist nicht zu Arbeitslosigkeit, weil Arbeit-

Weniger Tiefstlöhne dank Mindestlohn
Anteil der Beschäftigten nach Lohnstufe in Neuenburger Restaurants im Sommer 2018 mit und ohne Mindestlohn (vgl. Text). Anteil in Prozent der Gesamtbeschäftigung im Sommer 2017, bevor der Mindestlohn eingeführt wurde.



nehmende gerade in Tieflohnbranchen oft keine andere Wahl haben, als das Lohnangebot ihrer Chefinnen und Chefs zu akzeptieren. Zu klein ist das Angebot an besseren Stellen. Mit einem Mindestlohn werden den Arbeitgebern Grenzen gesetzt, ihre Macht auszunutzen und die Löhne zu drücken.

Das Geschäft lohnt sich für sie meistens trotzdem. Entlassungen sind deshalb nicht nötig. Kommt hinzu: Arbeitnehmende können sich dank Mindestlöhnen mehr leisten. Das schafft Nachfrage und somit auch neue Jobs.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

QUELLE: BERGER & LANZ (2019). «ADJUSTING TO MINIMUM WAGE REGULATION: EVIDENCE FROM A DIRECT LABOR CONTRACT EXPERIMENT IN SWITZERLAND.»

Fotoausstellung zum 8. März 2020 im Progr in Bern:

«Schaut uns an! Wir sind ganz schön viele!»



Sofia Fisch, 23, Studentin Rechtswissenschaften:
«Schluss mit Rollenklischees, Gewalt an Frauen und Lohnungleichheit!»



Lea Wili, 29, Pflegefachfrau:
«Ich will eine individuelle Schönheitsästhetik fördern, fernab von der Schönheitsdiktatur dieser Welt.»



Katrin Hiss, 33, Journalistin BR:
«Ich will mich nicht stärker als Männer ins Zeug legen müssen, damit meine Arbeit wertgeschätzt wird.»

Fotografin Gina Roder: Sie hat die Frauen fotografiert



FOTOGRAFIN GINA RODER macht Frauenforderungen sichtbar. FOTO: TERENCE DU FRESNE

Es sollten keine gewöhnlichen Portraits werden. Das war für Fotografin Gina Roder (27) von Anfang an klar. «Ich wollte, dass alle Bilder miteinander verbunden sind.» Also organisierte sie eine weisse Wand, auf die alle Frauen ihre persönliche Forderung schreiben sollten. Und sichtbar machen, wo es noch immer klemmt mit der Gleichstellung.

Zuerst kamen Freundinnen und Bekannte. Und bald auch Frauen, die Roder zuvor noch nie gesehen hatte. 58 Fotos sind schliesslich entstanden, work zeigt 9 davon. Es ist Roder's erstes eigenes Projekt.

STÄNDIG VERFÜGBAR. Erst seit einem halben Jahr arbeitet sie als Fotografin. Eine «berufliche Kehrtwende» sei das gewesen. Ursprünglich hatte Roder Geschichte studiert und im Museum gearbeitet. «Trotz mehreren Weiterbildungen fand ich irgendwann einfach keine Stelle mehr.» Da wurde für Roder klar: «Vielleicht ist das die letzte Chance, um mir zu überlegen, was ich beruflich wirklich machen möchte.»

Also bewarb sie sich an der Schule für Gestaltung in Bern, wurde angenommen und begann ein Praktikum beim Werbefotografen Terence Du Fresne in Ittigen BE. Seit her reist sie in der ganzen Schweiz herum, arbeitet an grossen Produktionen mit. Roder lacht: «Alles ist wahnsinnig schnell gegangen.»

Auch wenn sich Roder in ihrem neuen Beruf wohl fühlt: die Branche ist eine Männerdomäne. Dabei würde es an weiblichem Nachwuchs nicht fehlen, denn: «In meiner Ausbildungsklasse sind die Hälfte Frauen.» Trotzdem sind die, die letztlich auf dem Beruf bleiben und davon leben können, «vor allem Männer».

Das liegt auch an den Arbeitsbedingungen. Der rasante Medienwandel hat viele Festanstellungen gekostet. Zeitungsverlage sparen fast immer zuerst bei den Fotografinnen und Fotografen. Und drücken die Honorare für Freie weiter und weiter. Roder weiss: «Wer da über die Runden kommen will, muss Vollzeit arbeiten und fast ständig verfügbar sein.» Gerade für Frauen ist das oft nicht möglich, vor allem wenn sie Kinder bekommen. Denn noch heute bleibt die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit vor allem an ihnen hängen. Die Folgen: weniger Aufstiegschancen, weniger Lohn, tiefere Renten.

SICHTBARKEIT. Diese Themen macht Roder's Fotoserie sichtbar. Und noch viele mehr. So viele, dass selbst Feministin Roder überrascht war: «Jedesmal wenn eine Frau ihre Forderung auf die Fotowand geschrieben hat, dachte ich: «Wow, die Vielfalt an Forderungen und unterschiedlichen Erfahrungen ist einfach riesig.» Sexistische Angriffe in der Öffentlichkeit etwa, Beleidigungen wegen des Aussehens und Rassismus. Für Roder ist klar: «Das Wichtigste ist, diese Kämpfe sichtbar zu machen und sie zu verbinden.» Mit und ohne Kamera. (pdi)

Look at us – we are many! Ein Fotoprojekt von Gina Roder. Ausstellung im Rahmen des feministischen Aktionswochenendes der Frauenstreik-Koordination Bern. 7. und 8. März, von 11 bis 17 Uhr im Progr Bern, www.frauen-streiken.ch



Pia Zibulski, 22, Studentin, Grafikerin und Illustratorin:
«Ich fordere die Gleichstellung aller Menschen und eine sinnvolle Umkrempelung des Systems.»



Stefanie von Cranach, 28, Gewerkschaftssekretärin Unia:
«Feminismus geht nicht ohne Kapitalismuskritik.»



Christine Wyder, 38, Polizistin:
«Ich will, dass die Präsenz von Frauen auf Konzertbühnen und in der professionellen Musikbranche gefördert wird.»



Leila & Valentine Pamingle, 38 & 63, Direktorin & Wirtschaftsprüferin
«Wir fordern, dass wir den Zugang zu denselben Rechten und demselben Respekt nicht länger rechtfertigen oder für ihn kämpfen müssen.»



Solange Christin, 35, Arbeitspsychologin:
«Ich möchte, dass Frauen und Männer die gleichen Karrieremöglichkeiten haben. Dazu gehört: Zugang zu Leitungspositionen, Lohngleichheit, die Möglichkeit von Vollzeitstellen für Frauen und Teilzeitstellen für Männer.»



Lirija Sejdi, 26, wissenschaftliche Mitarbeiterin:
«Wir, unsere Bedürfnisse und Leistungen, müssen endlich gesehen, gehört und geschätzt statt reduziert und abgetan werden!»



Markus Widmer von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Kündigung: Der schnellste Weg zum Arbeitslosentaggeld

Ich habe von meiner Firma völlig unerwartet die Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen erhalten. Ich bin verheiratet, meine Frau ist nicht erwerbstätig, und ich habe vier Kinder. Es war mir nicht möglich, Geld zu sparen. Ich bin deshalb darauf angewiesen, mein Arbeitslosentaggeld möglichst rasch zu erhalten. Was können Sie mir raten?

MARKUS WIDMER: Wir empfehlen Ihnen, sich noch während der laufenden Kündigungsfrist beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) anzumelden. Für die Anmeldung müssen Sie persönlich beim RAV oder in gewissen Kantonen bei der Gemeindeverwaltung vorsprechen. Das RAV wird Ihnen diverse Formulare geben, die Sie selber ausfüllen oder vom Arbeitgeber ausfüllen lassen müssen. Sie können dort auch Ihre Arbeitslosenkasse wählen. Diese wird prüfen, ob Sie Anspruch auf Arbeitslosentaggeld haben. Damit dies schnell geht, müssen die eingereichten Unterlagen vollständig sein. Die Arbeitslosenkasse benötigt von Ihnen:

1. Den vollständig ausgefüllten und von Ihnen unterzeichneten Antrag auf Arbeitslosenentschädigung.
2. Das Doppel des amtlichen Anmeldeformulars.
3. Die Arbeitgeberbescheinigung der letzten zwei Jahre, vom jeweiligen Arbeitgeber unterzeichnet (1 Formular pro Arbeitgeber), eine Kopie des Arbeitsvertrages des letzten Arbeitgebers, Kopien sämtlicher Lohnabrechnungen, Kopie der Kündigung des letzten Arbeitsverhältnisses.
4. Ausgefülltes und von Ihnen unterzeichnetes Formular «Unterhaltspflicht gegenüber Kindern».
5. Bestätigung der Anmeldung bei der Wohnsitzgemeinde (Schriftenempfangschein).
6. Kopie Ihrer Bank- oder Postkontokarte.
7. Vollständig ausgefülltes und von Ihnen unterzeichnetes Formular «Angaben der versicherten Person». Dieses Formular werden Sie jeweils um den 25. jeden Monats per Post zugesandt erhalten. Beachten Sie bitte, dass ohne dieses Formular keine Auszahlung erfolgen kann.

Taggelder: Ist eine Auszahlung vor Monatsende möglich?

Als ich arbeitslos wurde, hat die Unia-Arbeitslosenkasse meinen Antrag auf Arbeitslosentaggelder schnell geprüft und mir ein Informationsschreiben über die Höhe meines Anspruches geschickt. Ich habe bei meiner Bank laufende Daueraufträge. Diese werden jedoch nur ausgeführt, wenn genügend Geld auf dem Konto ist. Was kann ich tun, damit die Arbeitslosenkasse mir das Taggeld jeweils vor Monatsende überweist?

MARKUS WIDMER: Auch hier gilt: Die Arbeitslosenkasse kann Ihnen die Taggelder erst überweisen, wenn ihr die notwendigen Unterlagen vollständig vorliegen. Für laufende Taggeldzahlungen werden folgende Unterlagen benötigt: Formular «Angaben der versicherten Person» vollständig ausgefüllt, also sämtliche 10 Fragen korrekt beantwortet und von Ihnen unterschrieben. Wir empfehlen Ihnen, dieses Formular nach Erhalt umgehend auszufüllen, zu unterschreiben und an das für Sie zuständige Scan-center zu senden. Wenn Sie einen Zwischenverdienst ausüben, müssen Sie die von Ihrem Arbeitgeber ausgefüllte und unterzeichnete Zwischenverdienstbescheinigung einreichen. Wenn Sie einen vom RAV angeordneten Kurs besuchen, benötigt die Kasse die AMM-Bescheinigung. Wenn Sie krank waren, schicken Sie uns ein Arztzeugnis. Indem Sie diese Unterlagen vollständig einreichen, ermöglichen Sie der Unia-Arbeitslosenkasse, Ihnen Ihr Taggeld vor Monatsende auszuzahlen.

Ihr Kind ist erkrankt und braucht jetzt seine Mama Freie Tage für Ihren kleinen

Wird ein Kind krank, bringt das den Alltag arbeitender Eltern ganz schön durcheinander. work erklärt, wer wie lange beim kranken Kind zu Hause bleiben darf.

MARTIN JAKOB

Soraya, vierjährig, geht am Dienstagmorgen in die Kita, putzmutter: «Heute baue ich ein Märchenschloss!» Am frühen Nachmittag jedoch erhält Mama Doris einen Anruf: «Frau Giger, Sie müssen Soraya abholen, das Kind hat hohes Fieber.» Doris Giger verständigt die Chefin und fährt hin. Sorayas Stirn ist heiss, und sie klagt über Kopf- und Halsschmerzen. «Scharlach!» sagt die Kinderärztin. Sie verschreibt Antibiotika, Schmerzmittel – und Hausarrest: «Mindestens drei Tage dauert es jetzt, bis keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.»

Doris Giger ist alleinerziehend, arbeitet von Dienstag bis Freitag als Rayonleiterin Haustextilien im Warenhaus, und sie fragt sich: «Wie soll ich mich jetzt organisieren?» In diesem akuten Krankheitszustand kann sie Soraya nicht der Nachbarin überlassen, die sonst hin und wieder als Betreuerin einspringt, denn sie hat selber Kinder im Vorschulalter. Die Grosseltern wiederum sind gerade auf einem Rheinschiff nach Amsterdam unterwegs. Und überhaupt: Jetzt will Doris Giger bei ihrem Kind sein. Und das darf sie auch.

Denn so steht es im Arbeitsgesetz, Artikel 36: Erkrankt ein Kind unter 15 Jahren, dürfen die Eltern bis zu drei Tage freinehmen, um es zu betreuen. Das gilt für Vater und Mutter gleichermaßen, aber

Bis zu drei Tage frei – das gilt pro Fall, nicht pro Jahr.

nicht gleichzeitig: Die Eltern müssen sich entscheiden, wer von ihnen die drei Betreuungstage bei seinem Arbeitgeber einfordert. Dieser kann ein Zeugnis des Kinderarztes verlangen. Und in jedem Fall sind die Eltern gehalten, wäh-



WORKTIPP

HIER GIBT'S HILFE

Krippe, Kita oder Tagesmutter sind für die Betreuung und Pflege ernsthaft kranker Kinder nicht eingerichtet. Fragen Sie zunächst in Ihrer Wohngemeinde nach Angeboten. Darüber hinaus bieten zwei Organisationen Kinderbetreuung zu Hause an: das Schweizerische Rote Kreuz (Tagesbetreuung, ohne medizinische Intensivpflege) und die Kinder-Spitex Schweiz (auch intensive medizinische Betreuung). www.redcross.ch www.kinder-spitex.ch

rend ihrer freien Tage eine Betreuung zu organisieren, die ihre Rückkehr an den Arbeitsplatz möglich macht. Die Abwesenheitsrechte für Betreuungsaufgaben sind übrigens auch in vielen Gesamtarbeitszeitverträgen und Personalreglementen aufgeführt, man sollte sie also im Falle eines Falles nachschlagen. Enthalten Reglemente jedoch Bestimmungen, die schlechter sind als jene des Arbeitsgesetzes, sind sie ungültig!

BEZAHLTE ABSENZ

Wichtig zu wissen: Das Recht auf drei freie Tage gilt pro Fall, nicht etwa pro Jahr, wie manche Firmen

DOKTOR PAPA – ODER DOKTOR MAMA: Sind Kinder krank, hilft ärztliche Versorgung –

ihren Mitarbeitenden weismachen wollen. Hätte Soraya also ein Geschwister, das später ebenfalls krank würde, ergäbe sich daraus erneut ein Anrecht auf Betreuungsurlaub. Dasselbe gilt, falls es bei Soraya im Lauf des Jahres zu einer weiteren Erkrankung käme, die intensive elterliche Betreuung erforderte.

Doris Giger meldet sich also für Mittwoch bis Freitag von der Arbeit ab. Verläuft Sorayas Scharlach so, wie es die Kinderärztin prognostiziert hat, wird das Kind wieder zur Kita gehen können. Aber sind die freien Tage auch bezahlt? Das sind sie: Im Obligationenrecht, Artikel 324a, steht nämlich, dass jemand, der in Erfüllung gesetzlicher Pflichten – die elter-

liche Fürsorge ist so eine Pflicht – ohne Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert sei, für eine beschränkte Zeit Anrecht auf Lohn habe. Einzige Voraussetzung: Das Arbeitsverhältnis muss bereits mehr als drei Monate gedauert haben oder für mehr als drei Monate eingegangen worden sein.

Wäre Soraya am Samstag erkrankt und hätte bis Dienstagabend von der Mutter betreut werden müssen, wäre Doris Giger nur der Dienstag als freier Tag angerechnet und bezahlt worden. Denn bei Teilzeitarbeitenden mit regelmässigen Einsatztagen entfällt der Lohnanspruch für Tage, die sowieso frei wären. Auch wenn Doris Giger unregelmässig im Stundenlohn arbeiten würde,



UND WIEDER IST EIN FRÄNKLI WEG: Wer den Bancomaten einer Fremdbank für Bargeldbezüge verwendet, bezahlt eine Gebühr pro Bezug – einen Franken oder mehr. FOTO: KEYSTONE

Bankgebühren senken – geht das? Wie Sie Ihr Konto

Ein Privatkonto kostet heute mehr Gebühren, als es an Zinsen einträgt. Da lohnt es sich schon, die Sparmöglichkeiten auszuschöpfen.

MARTIN JAKOB

Mit immerhin 10 000 Franken standen Sie Ende Jahr im Plus bei Ihrer Bank – mit 3000 Franken auf dem Privatkonto und 7000 Franken auf dem Sparkonto. Zinsertrag beim Privatkonto: null Franken, beim Sparkonto: 7 Franken (0,1%). S Bättle versuumet, würde das Müeti dazu sagen.

Die Gebühren hingegen, die gingen ins dicke Tuch. Rechnen Sie zusammen, was Ihnen alles abgebucht wurde: Kontoführung und Kontoauszüge, Maestro-Karte, Kreditkarte,

Bargeldbezüge im In- und Ausland, Gebühren auf Einkäufen mit Kreditkarte – auf über 200 Franken steht der Zähler schnell einmal. Geld zu haben kostet heute Geld. So können Sie den Schaden mindern:

BANK WECHSELN. Sind Sie überhaupt bei der richtigen Bank? Vielleicht bezahlen Sie gutes Geld für Leistungen, die Sie gar nicht brauchen. Stellen Sie Ihr Nutzerprofil zusammen und vergleichen Sie auf dessen Basis die Kosten verschiedener Anbieter beim Vergleichsdienst moneyland.ch. Schnell ergeben sich Preisunterschiede von 100 und mehr Franken.

SPAREN MIT E-BANKING. Erledigen Sie die Zahlungen im Onlinebanking selber, und ver-

oder seinen Papa Patienten



und die Zuwendung und Betreuung durch die Eltern. FOTO: GETTY

BETREUUNG UND BERUFSTÄTIGKEIT ZUKUNFTS- MUSIK

Die geltenden Bestimmungen zum Recht auf Betreuung von Familienangehörigen im Krankheitsfall sind unbefriedigend. Bei kurzfristigem Betreuungsbedarf sind sie unklar, bei länger andauernder Betreuung ist eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung dringend geboten. Im Lauf dieses Jahres wird das Parlament nun über das «Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung» befinden. Es enthält diese Neuerungen:

10 TAGE PRO JAHR. Die bestehende Lohnfortzahlungspflicht für Betreuungsaufgaben im Familienkreis wird erhöht auf 10 Tage pro Jahr bei maximal 3 Tagen pro Ereignis. Der Anspruch gilt für die Betreuung von Kindern und Lebenspartnern.

BETREUUNGSURLAUB. Eltern, die ein Kind betreuen, das wegen Krankheit oder Unfall schwer beeinträchtigt ist, erhalten Betreuungsurlaub von bis zu 14 Wochen und eine Betreuungsentschädigung. Die Ferien dürfen deswegen nicht gekürzt werden. Ab Anspruchsbeginn gilt ein Kündigungsschutz von sechs Monaten.

BETREUUNGSGUTSCHRIFT. Wer zur Betreuung von Angehörigen auf Lohnarbeit verzichtet, büsst mit tieferer Rente. Das neue Gesetz sieht deshalb vor, den Anspruch auf AHV-Betreuungsgutschriften deutlich auszuweiten. Nimmt das Parlament die Vorlage an, treten die Änderungen frühestens 2021 in Kraft. (jk)

hätte sie Anspruch auf Lohnzahlung. Und zwar in gleicher Masse, wie wenn sie selber krank geschrieben wäre (siehe dazu die Unia-Rat-

Der Anspruch gilt auch für Eltern, die Teilzeit arbeiten.

geber: «Arbeit im Stundenlohn: Das sind meine Rechte», Seiten 13 bis 15, rebrand.ly/stundenlohn).

PARTNERBETREUUNG

Und wie sieht es aus, falls Sorayas Quarantäne doch einige Tage länger dauern müsste? Die Firma könnte der Mutter den Urlaub aus wichtigen Gründen kaum verweigern, falls ein Betreuungersatz

nicht organisierbar wäre, und auch eine Lohnfortzahlung könnte unter Umständen durchsetzbar sein. Fragen Sie im Zweifelsfall Ihre Unia-Rechtsberatung!

Das Arbeitsgesetz macht nur für die Betreuung von Kindern bis 15 Jahre eine verbindliche Aussage. Was, wenn plötzlich der Ehegatte oder die Gattin auf Betreuung angewiesen ist? Auch in diesem Fall besteht zwischen den Partnern eine gesetzliche Fürsorgepflicht, weshalb ebenfalls Artikel 324a im Obligationenrecht anwendbar ist. Wer sich also um den erkrankten Ehemann kümmert, hat ebenfalls das Anrecht auf Betreuungsurlaub – in der Regel auch maximal drei Tage oder bis die anderweitige Betreuung organisiert ist.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



BEOBACHTET: Ist Ihr TV-Gerät mit dem Internet verbunden, werden Sie selbst zum Sender. Nämlich von Nutzungsdaten.

FOTOS: PD, ISTOCK; MONTAGE: WORK

Ihr Fernseher als Detektiv? Das muss nicht sein!

Moderne Fernsehgeräte sind oft mit dem Internet verbunden. Mit der Folge, dass sie Daten an die Hersteller liefern können. Etwa, wann Sie welche Sendungen anschauen oder – falls Kamera und Mikrophon eingebaut sind – wer auf dem Sofa zusieht und was gesprochen wird.

DATENHUNGRIG. Ein Test der Computerzeitschrift «C't» zeigt: Am meisten Daten verschickten die Samsung-TVs, am wenigsten die Geräte von Hisense, LG und Panasonic. Ein Sony-Gerät sandte sogar im Standby-Betrieb Daten. Das hilft gegen diese Spionage:

- Trennen Sie den Fernseher bei Nichtgebrauch vom Stromnetz.
- Schalten Sie bei den TV-Einstellungen den Internetzugang aus (meist unter «WLAN»). Nachteil: Funktionen wie Swisscom TV oder Netflix funktionieren dann nicht mehr.
- Swisscom- und Sunrise-Kunden können das Datensammeln verbieten lassen (Swisscom: Tel. 0800 800 800, Sunrise: 0800 707 707). Besser, weil beweisbar, ist ein schriftliches Verbot.
- Schliessen Sie beim Kabelfernsehen (etwa mit UPC) den Fernseher direkt an die TV-Kabelbuchse an, nicht an eine TV-Box.
- Erscheint am Bildschirm in einer Ecke ein roter Punkt, ist HbbTV aktiviert. Damit erhalten Sie Programminfos, gleichzeitig werden Ihre Sehgewohnheiten ausgekundschaftet. HbbTV können Sie in den Einstellungen ausschalten.
- Hat das TV-Gerät eine Kamera, können Sie diese mit einem Kleber abdecken. CHRISTIAN BIRMELE UND LUKAS BERTSCHI

Am meisten Daten verschickten die Samsung-TVs.

clever bewirtschaften

zichten Sie auf die Zustellung von gedruckten Belastungs- und Gutschriftanzeigen sowie Kontoauszügen. Kontoauszüge per Post kosten bei den meisten Banken 1 Franken pro Sendung oder mehr, und für die Abwicklung von Vergütungsaufträgen verlangen etliche Anbieter inzwischen eine Extragebühr.

NICHT FREMDGEHEN. Für Bargeldbezüge im Inland bezahlen Sie nichts, solange Sie die Geldautomaten Ihrer eigenen Bank dafür verwenden. Sobald Sie den Automaten eines Fremdinstituts benutzen, werden 1 bis 2 Franken pro Transaktion fällig.

KARTEN RICHTIG WÄHLEN. Bei Debitkarten (Maestro, V-Pay, PostFinance Card) wird der bezogene Betrag direkt Ihrem

Konto belastet. Bei Kreditkarten werden Ihre Bezüge auf dem Kreditkartenkonto addiert und monatlich in Rechnung gestellt oder Ihrem Bankkonto belastet. Ihre Kreditkarte können Sie aus einem breiten Angebot auswählen – es muss nicht jene sein, die Ihnen Ihre Bank empfiehlt. Aber nicht auf jeden Fall ist die

Gedruckte Belege sind mittlerweile ein teurer Spass.

Karte mit der tiefsten Jahresgebühr auch jene, die Sie am wenigsten kostet, denn oft sind bei solchen Schnäppchen die Transaktionsgebühren höher. Entscheidend für die effektiven Gesamtkosten der Kreditkarte ist Ihre individuelle Nutzung –

wie häufig Sie sie einsetzen, wozu, wie oft im Ausland und mit welchem jährlichen Gesamtbetrag. Bei moneyland.ch können Sie die Kosten vieler Kreditkarten, bezogen auf Ihr Nutzerprofil, vergleichen.

RICHTIG EINSETZEN. Sind Sie nicht nur in der Schweiz unterwegs und auch regelmässig in Onlineshops zu Besuch, kommen Sie kaum darum herum, sich sowohl eine Debit- als auch eine Kreditkarte zu leisten. Setzen Sie aber konsequent jeweils jene Karte ein, die tiefere Gebühren bietet: für Bargeldbezüge im In- und Ausland ist das die Debitkarte, für Einkäufe im Ausland bei eher geringen Beträgen die Kreditkarte, bei höheren (ab etwa 200 Franken) die Debitkarte.

SMARTPHONE-BANKEN FÜR PIONIERE

Was den Schweizer Banken an Zinseinnahmen fehlt, schlagen sie bei den Gebühren drauf. Wirklich günstig ist keine mehr. Deshalb drängen jetzt junge Firmen mit digitalen Kontolösungen in den Markt (revolut.com, neon-free.ch). Ihre Hauptargumente: Bankleistungen zu Kampfpreisen, superpraktisch per App gesteuert. So richtig vollwertig sind die angebotenen Lösungen aber noch nicht. Empfehlenswert deshalb erst für Digital Nerds und neugierige Pioniere.

So vermeiden Sie Fettnäpfchen Benimm-Ratgeber

Was gehört sich? «Der Schweizer Knigge» ist ein Leitfaden für alle, die mit ihren Mitmenschen höflich umgehen möchten.

Seit der deutsche Schriftsteller Adolph Freiherr Knigge 1788 sein Buch «Vom Umgang mit Menschen» veröffentlicht hat, gilt «Der Knigge» als Synonym für die strenge Lehre des standesgemässen Benehmens. Nicht ganz zu Recht. Denn Knigge hat damals vor allem ein Plädoyer für Taktgefühl und Höflichkeit gegenüber den Mitmenschen geschrieben – die eher kleinteiligen Benimmeregeln, Kleidervorschriften und Tischsitten fügte der Verlag nach Knigges Tod eigenmächtig hinzu.

HELVETISIERT. Hotelfachmann und Autor Christoph Stokar hat

es unternommen, den «Knigge» an Schweizer Sitten anzupassen. Praktisch sind die Tipps zu vielen Lebensbereichen, zum Beispiel zu Trinkgeldern oder zu den Dresscodes privat und geschäftlich. Daneben ist der «Schweizer Knigge», ganz im Sinn des Urvaters aller Benimmbücher, auch eine Anleitung zu einer menschenfreundlichen und zugleich selbstbewussten Haltung. Inklusive je 10 Tipps für Sie und Ihn zur Erhaltung des Eheglücks. Tipp 3 für Ihn: «Im Haushalt anpacken!» (jk)

Christoph Stokar: **Der Schweizer Knigge**, 5., überarbeitete Auflage, Beobachter Edition, 256 Seiten, CHF 39.–



workrätzel

Gewinnen Sie eine Hotel-Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung im Tessiner Hotel La Campagnola für zwei Personen inkl. Frühstück. La Campagnola bietet jedem Unia-Mitglied in der Nebensaison 20 Prozent Rabatt! Besuchen Sie uns auf www.campagnola.ch.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 3
Das Lösungswort lautet: **WOHNUNGSMARKT**



DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks,
hat gewonnen: **Claudia Seewer, Thun.**
Herzlichen Glückwunsch!

Grundprinzip, Muster Mz.			Geschäfte (engl.)	Stadt im Oberwallis	Stände, Schichten			Kulturzentrum in Zürich; ... Fabrik	Nord-europäer	modern, populär	respiieren		akad. Titel (Wirtschaft)		Anfang	verworren, wirr	CH-Ministerium	ital. Tonbez. für das D	
Tasteninstrument								Zuckerkranker											
Abk.: Hektare			Teil der Kamera		Hauptstadt v. Georgia			3					Laubbaum		feierl. Gedicht			1	
langgezogener Kreis								grösster Erdteil		Märchengestalt		Kampfsplatz im Amphitheater						Test, Kontrolle (engl.)	
					zu Gott sprechen		Anspruch						7	balt. Osteuropäerin			Gespenster		
eifrig			Flechte, Hautauschlag	Anwesenheit								Muskelanspannung (med.)		Abk.: europ. Gerichtshof					
überprüfen						innerasiat. Hochland			schweiz. Autor (Paul)		Schienenweg								
					grosses Bau-gestell	Alters-geld								kleine Räume		Schnell-zug			
... News	Sitz ohne Lehne		Balkon-pflanze								Aktienmarkt		Zeitung-stand						
(etwas) nach oben bewegen					edle Blume			Saum-pass zw. BE und VS		brennbares Gas						robust, unempfindlich (engl.)		Fahrt, Ausflug	
			Schiffstau		unerbittlich, hart								Lasttier		ostspan. Küstenfluss			11	
grosses Kirchenbauwerk			dumppflärmen								Aus-scheidung		erhöhte Galerie						
schweiz. Maler † 1940 (Paul)					längster Fluss Italiens		Nasal-laut		Verkauf in der ...						an diesem Ort, dort			Zch. f. Americium	
Skandal-firma (Verschlü-selungen)			eh. St. Galler Fussb.-stadion										flüchtiger Brennstoff					10	
					scherzh.: US-Soldat				Beteili-gung										12

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss **6. März 2020**

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie



Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2019 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt. Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier», das bestätigt, dass für das Jahr 2019 der Solidaritätsbeitrag von 60 Franken vom Lohn abgezogen wurde. Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied waren und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten eine Rückerstattung von

200 Franken

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens **31.12.2020** einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen unterstützt das zuständige Unia-Sekretariat in der Region/Sektion oder das Unia-Zentralsekretariat in Bern gerne.



WORKLESERFOTO



Schnee aus heiterem Himmel

WANN 14. Februar 2020
WO Blatten im Lötschental VS
WAS Schneeräumung, im Hintergrund die Lötschenlücke
Eingesandt von Gaby Ochsenbein, Bern

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 14.2.2020

Verkäuferinnen am Limit: Was können Kundinnen und Kunden tun?

RESPEKT ZEIGEN

Alle von uns haben wohl jeden Tag mehr als einmal mit Menschen im Verkauf zu tun: im Supermarkt, im Fachgeschäft oder am Kiosk. Ein «Grüezi», ein «Adieu» und ein «Merci» sind das mindeste an Anstand, was wir zeigen sollten. Natürlich löst unser Benehmen nicht die Probleme, die Verkäuferinnen und Verkäufer wegen des Gewinnstrebens ihrer Arbeitgeber haben. Aber wenn schon nicht die Chefs, zeigen doch wenigstens wir den nötigen Respekt.

LINDA AEBERSOLD, PER MAIL

GAGA-ÖFFNUNGSZEITEN BOYKOTTIEREN

Ich boykottiere seit vielen Jahren alle Gaga-Öffnungszeiten. Also kaufe ich weder spätabends ein noch im Morgenrauen. Einen Sonntagsverkauf habe ich noch nie besucht – und schon gar nicht die familienfeindlichen Zusatzöffnungszeiten vor oder gar an Weihnachten. Wenn das möglichst viele andere Konsumentinnen und Konsumenten so hielten, würde die Kasse der Händler nicht mehr stimmen. Und nur das bringt die Detailhandels- und Supermarktketten zur Vernunft.

RUTH GRETZENBACHER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKPOST



WORK 3 / 14.2.2020: «FÜR DEN KONKURRENZKAMPF BEZAHLEN DIE MITARBEITENDEN»
Wie Sklavinnen

Mit grossem Interesse habe ich die Artikel über die Lage des Schweizer Detailhandels gelesen. Ich möchte Ihnen von Herzen gratulieren, weil Sie die Wahrheit über den Alltag im Verkauf beschreiben. Ich weiss, worüber ich rede, da ich jahrelang in dieser Branche tätig war als Parfümerie-Mitarbeiterin. Die Art und Weise, wie die Verkäuferinnen behandelt werden, ist unmenschlich und meistens völlig respektlos. Man ist nichts anderes als ein kleiner, unbedeutender Teil der grossen Geldmacherei. Ein Profitmacher-Roboter. Jemand ganz unten in der Hierarchie. Unsere Gesundheit und unsere Bedürfnisse, sei es die Planbarkeit der Arbeit oder unser Leben ausserhalb vom Laden, haben niemanden interessiert. Nichts war relevant ausser der Umsatz! Und dass die Ladenöffnungszeiten um jeden Preis abgedeckt sind, egal, wie: 10- bis 12-Stunden-Schichten waren keine Seltenheiten, immer weniger und weniger Personal,

gekürzte Pausen. Dazu gehört noch der Spruch: «Kunde ist König». Das wurde in jedem Geschäft, in dem ich gearbeitet habe, sehr ernst genommen. Aber viele Kundinnen und Kunden nützen dies masslos aus, sehen uns Verkäuferinnen als kleine, unbedeutende Sklavinnen. Ich konnte zum Glück rechtzeitig aus der Branche aussteigen. Aber ich leide noch immer mit, wenn ich in einem Geschäft die übermüdeten, hoffnungslosen Verkäuferinnengesichter sehe.

SUSANNA FALVAI, BERN

Sehr schlimm

Das ist sehr schlimm. Leider zählen auch hier nur noch Gewinne.

KATHARINA M. AEBI, VIA FACEBOOK

WORK 3 / 14.2.2020: «IMMER LÄCHELN, WÄHREND DIE FÜSSE WEINEN»
Mafiamethoden

Dieser Gang durch die Geschichte des Verkaufspersonals und ihrer

Profiteure, Deregulierer und lobbyierenden Politiker ist stellvertretend auch für andere Branchen wichtig. Der Druck wird ständig grösser, der Ton zunehmend ruppiger, und die Methoden könnten auch in einem Mafiafilm verwendet werden. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind an vielen Orten einfach unter aller Sau! Kann mich noch gut an meinen Staatskundeunterricht erinnern: «Der Umgang mit den Schwächsten in der Gesellschaft zeigt den Zustand einer Gesellschaft und auch der Demokratie.» In dem Fall wünsche ich auf alle Fälle gute Besserung!

THOMAS SCHIEWECK, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 3 / 14.2.2020: NESPRESSO-MITARBEITENDE SAGEN: «ES IST DIE HOLLE!»
Erschreckend

Was work über die Arbeitsbedingungen bei Nespresso enthüllt, ist erschreckend. Das sind Arbeitsbedingungen, die es in der Schweiz nicht (mehr) geben dürfte. Und gleichzeitig wollen bürgerliche Politiker in Bern weitere Löcher in das Arbeitsgesetz schlagen. Unglaublich, wie manche Manager alles dem schnellen Profit unterordnen.

BRUNO SPÄHER, PER MAIL

WORK 21 / 13.12.2019: DIE REICHEN IN DER SCHWEIZ WERDEN IMMER REICHER
Erbschaftssteuer jetzt!

Gemäss der Zeitschrift «Bilanz» ist das Vermögen der 300 Reichsten um 27 Milliarden angestiegen, auf

zusammen 702 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz betrug 2017 rund 715 Milliarden. Dieser Wert wurde während eines Jahres von rund 4,5 Millionen Arbeitskräften erarbeitet.

In der Presse war in diesem Zusammenhang im Frühling 2019 zu lesen, dass ungefähr 100 000 Steuerpflichtige mindestens 44 Milliarden Franken hinterzogene Vermögen bei den Steuerbehörden angezeigt haben. Strafflose Selbstanzeigen nennt man dies. Dies geschah vor allem auf Druck des weltweiten Datenaustausches AIA. Aber: Die Kantone VD, LU, ZG, SH, GL, OW, NW und AI haben die Gesamtsummen nicht bekanntgegeben – im Gegensatz zu den übrigen Kantonen. Warum wohl? Einzig die nachträglich erhobene – meist tiefe – Vermögenssteuer (plus Verzinsung) wurde bekanntgegeben. Es dürfte also noch einiges dazukommen. Deshalb braucht es dringend eine Erbschaftssteuer! Offizielle Zahlen, wie viel in der Schweiz vererbt wird, gibt es leider keine. Eine Studie im Auftrag der «Tagesschau» brachte 2015 etwas Licht ins Dunkel: 2015 betrugen die Erbschaften rund 63 Milliarden Franken. Allerdings: Das Erbe ist sehr ungleich verteilt. Wenige erben gigantische Summen. Die meisten erben (fast) nichts oder gar Schulden. Das entsprach 2015 etwa 10 Prozent des BIP oder ist etwa gleich viel, wie der Bund damals pro Jahr an Einnahmen verzeichnete. Von den bürgerlichen Parteien kommen hier zurzeit keine Vorschläge. Aber einem neuen Vorschlag mit moderater Besteuerung und mit Freigrenzen (KMU-Nachfolgeprobleme) könnten sie sich wohl kaum widersetzen.

ERWIN ROOS, OSTERMUNDIGEN BE

workquiz

Wie gut sind Sie?



- 1. Cryptoleaks I: Wie waren die Crypto-Dechiffriermaschinen manipuliert?**
 - a) mit einem eingebauten Hintertreppchen?
 - b) mit einem eingebauten Vorfensterchen?
 - c) mit einem eingebauten Vorzimmerchen?
 - d) mit einem eingebauten Hintertürchen?
- 2. Cryptoleaks II: Wie heisst der Bundesrat, der laut CIA über die Machenschaften der Crypto AG informiert war?**
 - a) Kaspar Villiger?
 - b) Kaspar Stumpfen?
 - c) Kaspar Velo?
 - d) Kaspar Trompete?
- 3. Cryptoleaks III: Wo hatte die Geheimdienstfirma Crypto ihren Hauptsitz?**
 - a) im Auto?
 - b) im Flieger?
 - c) im Bus?
 - d) in Zug?
- 4. Cryptoleaks IV: Unter welchem Namen lief die Spionage-Operation bei der CIA?**
 - a) Rubikon?
 - b) Kokon?
 - c) Lexikon?
 - d) Silikon?



FOTO: KEYSTONE

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d; 2a; 3d; 4a

Er ist Handwerker, Künstler und Trauerbegleiter in einem: **Melik Scheurer** hat als Steinbildhauer seine Berufung gefunden.

«Wir Steinbildhauer haben alle einen Knall»

Der Friedhof in Romanshorn TG ist Melik Scheurers ganz persönliche Galerie: Viele Grabsteine stammen aus seinem Meissel. Als Steinbildhauer ist für Scheurer der Tod allgegenwärtig. «Zum Glück!» findet der 28jährige Thurgauer.

SARAH FÖRRER | FOTOS FLORIAN BACHMANN

Melik Scheurer lehnt an der Werkbank in seinem kleinen Atelier. Die Sonnenstrahlen suchen sich den Weg durch die verstaubten Fensterscheiben. Hell ist's. Ruhig. Und friedlich. Eine ganz normale Werkstatt für Handwerker. Oder Künstler. Nur ein Steinblock in der Ecke lässt den Tod erahnen: Ein Grabstein. Unfertig. Unvollendet. Das nächste Werk des Steinbildhauers. Wie es rauskommen wird, weiss der 28jährige noch nicht. «Ideen brauchen manchmal Zeit», sagt er und nimmt einen Schluck aus der Wasserflasche.

Umso mehr, wenn ein ganzes Leben in einem Stein verewigt werden soll. Diesen Anspruch hat Melik Scheurer. An sich. An seine Arbeit. Tag für Tag. 20 Grabsteine meisselt er pro Jahr. Sie machen einen Grossteil seiner Arbeit aus. Für ihn eine Aufgabe, so vielschichtig wie das Leben selbst: «Jeder Mensch war anders. Ich versuche, den unterschiedlichen Charakteren gerecht zu werden – damit ein würdiges Denkmal entsteht.» Dafür spricht er ausgiebig mit den Angehörigen. Fragt sie aus, saugt die Informationen auf. War der Tote lustig? Gesellig? Oder doch eher zurückgezogen und in sich gekehrt? Wie verbrachte er seine Freizeit? Er will sich ein möglichst genaues Bild von der Person zeichnen. Die Gespräche helfen auch den Angehörigen: «Trauerbegleitung ist ein Teil meiner Arbeit.»

STERNENKINDER-GRAB. Der andere Teil ist die Gestaltung. Das Kreative. Den Menschen zu fassen kriegen – und ihn in Stein meisseln. Das gelingt manchmal wie von selbst. Manchmal braucht es Zeit. Und manchmal ist es fast unmöglich. Bei Kindern beispielsweise. «Da fühlt sich alles falsch an!» Ein Leben, das viel zu kurz war. Das passt nicht in einen Stein. Ein spezieller Auftrag war für ihn das Gemeinschaftsgrab für Sternenkinder auf dem katholischen Friedhof. Babies, die tot geboren wurden – oder kurz nach der Geburt starben. Das Besondere daran: «Die kleinen Menschen haben noch keine Spuren hinterlassen. Es gibt keine Erinnerungen an sie. Es ist nur die unfassbare Trauer da.»

Lange hat er nach einer passenden Form gesucht – und wurde schliesslich in der Tierwelt fündig. Die Skulptur zeigt den Kokon einer Raupe und einen noch nicht weggeflogenen Schmetterling. «Es soll das Kommen und Gehen darstellen», sagt der Thurgauer. Die Inschrift: «Es ist das Ende, sagt die Raupe, es ist der Anfang, sagt der Schmetterling.» Das Grab gefällt ihm. Und auch der Sinn dahinter. Die betroffenen Eltern können sich beim Denkmal treffen. Sich austauschen. Und sich gegenseitig bei der Verarbeitung der Trauer unterstützen. «Das finde ich einen schönen Gedanken.»

Es ist eines seiner Werke, die auf dem Friedhof in Romanshorn stehen: «Der Friedhof ist fast so etwas wie eine öffentliche Galerie meiner Arbeiten.» Oft fallen ihm beim Schlendern wieder die Geschichten hinter den Steinen ein. Von der Person. Aber auch von sich selbst. Er erinnert sich, in welcher Lebensphase er damals steckte, was er dachte und wie es ihm ging. «Es ist eine andere Art von Tagebuch.» Und natürlich auch Quelle der Inspiration: Was haben andere Bildhauer hergestellt? Mit welchen Materialien arbeiten sie? Welche Muster wählen sie? «Jeder hat seine eigene Handschrift.»

Doch wie ist Melik Scheurer selbst auf so ein altes Handwerk gestossen? «Durch Zufall», sagt er lachend. Eigentlich wollte er Biobauer werden. Später Architekt. Da-

für waren aber die Schulnoten zu schlecht. Er besuchte in St.Gallen den künstlerischen Vorkurs. Ein Glücksfall: Ein Lehrer war Steinbildhauer. Durch ihn fand er zum Beruf – und zu einer Lehrstelle in Romanshorn. Nach der dreijährigen Ausbildung zog er als Geselle in die Welt (siehe Text rechts). Kaum zurück, übernahm er das Atelier von seinem Lehrmeister. «Er suchte einen Nachfolger. Ich einen Job. Wir verstanden uns schon während der Lehre gut. Das passte!»

STÄNDIGER BEGLEITER. Seit drei Jahren ist er nun selbständig. Fängt jeden Morgen um sieben Uhr an. Länger kann er nicht liegen bleiben – auch wenn er könnte. Das

schlechte Gewissen treibt ihn aus dem Bett. «Eigentlich bin ich ja niemandem Rechenschaft schuldig. Dennoch habe ich einen inneren Polizisten. Der wacht über meine Stunden. Und Faulheit akzeptiert er nicht!» An diesen Moralapostel hat er sich mittlerweile gewöhnt. Wie auch an den anderen Begleiter: den Tod. «Er ist immer präsent, hat aber seinen Schrecken verloren.» Mehr noch: Er verändere die Sicht auf das Leben – und zwar durchaus auch positiv. Man lebe bewusster, intensiver, geniesse wohl auch mehr den Moment. Das spürt er auch bei Berufskollegen. «Vielleicht ist das der Grund, warum alle Bildhauer einen Knall haben!» sagt Melik Scheurer und lacht herzlich.



MELIK SCHEURER AUF DER WALZ

In Schlaghosen, weissem Hemd und schwarzem Hut zog Melik Scheurer 2012 los. Auf die Walz. In die weite Welt. Mit leeren Taschen, voller Vorfreude. Und strengen Gesellenregeln im Kopf: «Handys sind verboten. Bereichern darf man sich nicht. Und Benimmregeln gibt es auch.»

BUNTER HUND. Das Gesellenleben trieb ihn nach Deutschland, dann nach Norwegen, später nach Sri Lanka und Neuseeland. Oft stiess er auf offene Türen. Doch nicht überall ist die Tradition so bekannt wie hier. «In Neuseeland hielt man uns für Fans von «Herr der Ringe». In Sri Lanka waren wir wie bunte Hunde. Da wusste niemand etwas von Gesellen.» Vier Jahre war er unterwegs. Dann kam er wieder nach Hause. Mit einem offenen Geist, vielen neuen Freunden und Erinnerungen, die zwar nicht auf dem Friedhof in Romanshorn verewigt sind – dafür aber in seinem Kopf. Während seiner Zeit als Geselle war Melik Scheurer Unia-Mitglied. Der Mindestlohn eines Bildhauers liegt bei 27 Franken pro Stunde.



IN STEIN GEMEISSELT: Der Friedhof ist für Steinbildhauer Melik Scheurer zugleich Inspiration und Ausstellungsort.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.